

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

der VR-Bank Mitte eG

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Wir betreiben unsere Geschäfte im Rahmen der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, insbesondere unter Beachtung des Kreditwesengesetzes und unserer Satzung. Wir sind ein Kreditinstitut gemäß § 1 KWG. Geschäftszweck unserer Genossenschaft als Universalkreditinstitut ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder und Kunden. Darin gründet auch die enge regionale Bindung an das Geschäftsgebiet, nämlich weite Teile der Landkreise Eichsfeld, Göttingen, Northeim und Werra-Meißner (als Kerngeschäftsgebiet mit eigenen Filialstandorten) sowie der umliegenden Landkreise und kreisfreien (bzw. gleichgestellten) Städte.

Der Sinn unserer Geschäftstätigkeit besteht darin, die wirtschaftlichen Ziele und Wünsche unserer Mitglieder zu verwirklichen. Dieser Förderauftrag ist für uns eine hohe qualitative Verpflichtung. Im Mittelpunkt steht das Kundeninteresse des einzelnen Mitgliedes. Daher verstehen wir uns als „DIE MITMACHBANK“, in der jeder Kunde Mitglied sein soll. Wir wollen, dass sowohl Mitglieder und Kunden als auch Mitarbeiter und alle weiteren Interessengruppen in Entscheidungsprozesse involviert sind und die Möglichkeit haben, selbst mitzugestalten bzw. "mitzumachen".

Unser Geschäftsmodell fokussiert sich auf das Kundengeschäft. Die Bank hat als zentrale Geschäftsaktivitäten das Privat- und das Firmenkundengeschäft sowie als Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung das Eigengeschäft. Das Institut nutzt darüber hinaus das Leistungsangebot innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR-Institutssicherung (BVR-ISG Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt.

Daneben ist unsere Genossenschaft der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig.

Unser zuständiger Prüfungsverband ist der Genoverband e.V., Hannover.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. Rahmenbedingungen

1.1 Konjunktur in Deutschland

Wirtschaft stabilisiert sich

Im Jahr 2025 konnte sich die deutsche Wirtschaft noch nicht aus der ausgeprägten Schwächephase der Vorjahre befreien. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich jedoch etwas gefestigt. So stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten amtlichen Berechnungen leicht um 0,2 %, nachdem es in den Jahren 2023 und 2024 noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % gesunken war. Auch das Preisgeschehen hat sich stabilisiert. Während sich die Verbraucherpreise 2023 noch um hohe 5,9 % verteuerten, erhöhten sie sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 % und damit in gleichem Maße wie 2024.

Preisbereinigtes Wirtschaftswachstum in Deutschland

	Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent		Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	
	2024	2025	2024	2025
Konsumausgaben	1,1	1,5	0,8	1,1
Private Konsumausgaben	0,5	1,6	0,3	0,8
Konsumausgaben des Staates	2,6	1,3	0,6	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-3,3	-0,2	-0,7	0,0
Ausrüstungsinvestitionen	-5,4	-1,9	-0,4	-0,1
Bauinvestitionen	-3,4	-0,6	-0,4	-0,1
Sonstige Anlagen	0,2	3,8	0,0	0,2
Vorratsveränderungen			0,1	0,7
Inländische Verwendung	0,2	1,8	0,2	1,8
Exporte	-2,1	-0,4	-0,9	-0,2
Importe	-0,6	3,6	0,2	-1,4
Außenbeitrag			-0,7	-1,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	-0,5	0,2	-0,5	0,2

Globale und inländische Faktoren verhindern Erholung

Zwar hat sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten - unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik - und anhaltenden inländischen Strukturproblemen - wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit - dämpfte die Konjunktur.

Im Zuge von Vorzieheffekten der angekündigten US-Importzollerhöhungen war das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal noch deutlich gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf belasteten die Zollerhöhungen jedoch umso mehr. Auch die zum Jahresende langsam wirksam werdenden Wachstumsimpulse der Bundesregierung, wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen, führten noch keine durchgreifende Belebung herbei.

Weiter steigende Konsumausgaben

Wie bereits im Vorjahr stabilisierten die Konsumausgaben die Gesamtentwicklung. Zwar legte der Privatkonsum preisbereinigt mit 1,6 % deutlich stärker zu als 2024 (+0,5 %). Besonders für Gesundheit (+3,8 %) wurde mehr Geld ausgegeben als zuvor. In anderen Konsumbereichen wie etwa bei Nahrungsmitteln (+1,0 %) sowie bei Gastronomie und Beherbergungsdienstleistungen (-0,2 %) verlief die Entwicklung jedoch weniger dynamisch. Allgemein dämpften hohe Unsicherheiten über die Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, schwächere Lohnsteigerungen, das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die höheren Sozialversicherungsbeitragssätze die Ausgabenbereitschaft. Verglichen mit dem Privatkonsum expandierten die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates ebenfalls solide, aber mit 1,3 % etwas schwächer. Treibende Faktoren waren hier unter anderem die weiter zunehmenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich. Insgesamt lieferten die Konsumausgaben mit 1,1 Prozentpunkten abermals den größten Wachstumsbeitrag zum Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Rückläufige Anlageinvestitionen

Das Investitionsklima blieb trübe. Angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung in der Industrie, der strukturellen Standortschwächen sowie der enormen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten wurde erneut weniger in Ausrüstungen investiert. Der Rückgang der preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen (-1,9 %) fiel gleichwohl schwächer aus als im Vorjahr (-5,4 %). Die Bauinvestitionen verminderten sich ebenfalls weniger deutlich als zuvor (-0,6 % nach -3,4 %). Die Baukonjunktur zeigte sich dabei weiterhin gespalten. Während die preisbereinigten Investitionsausgaben im Wohnungsbau trotz gesunkener Finanzierungskosten und gestiegener Realeinkommen der Privathaushalte nochmals zurückgingen, gelang dem Wirtschaftsbau mit dem Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen bereits eine Trendwende nach oben. Die öffentlichen Bauinvestitionen legten erneut zu, befördert durch bereits länger geplante Infrastrukturmaßnahmen. Alles in allem sanken die Bruttoanlageinvestitionen um 0,2 % und übten damit einen minimal negativen Wachstumsimpuls auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Dem stand jedoch ein kräftiger Wachstumsimpuls vonseiten der Vorratsveränderungen (+0,7 Prozentpunkte) gegenüber, da viele Unternehmen im Zuge der unerwartet langanhaltenden Nachfrageschwäche offenbar mehr produzierten als absetzen konnten.

US-Handelspolitik belastet Außenhandel

Der Außenhandel wurde maßgeblich durch die protektionistischere Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump bestimmt. Bereits im Januar kündigte Trump neue US-Importzölle an. Ab Februar führte er dann Zusatzzölle auf Warenimporte einzelner Staaten sowie verschiedener Produktgruppen - darunter Stahl, Aluminium und Autos - ein, was teilweise handelspolitische Gegenmaßnahmen nach sich zog. Einige dieser Zölle wurden zeitweise ausgesetzt oder nach Abschluss von Handelsabkommen verringert. Insgesamt belastete die unberechenbare US-Handelspolitik den Welthandel spürbar. Angesichts des Gegenwinds von Seiten der US-Handelspolitik, sowie weiterer Belastungsfaktoren, wie der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und der stärkeren Konkurrenz durch chinesische Produkte, gingen die deutschen Exporte 2025 preisbereinigt nochmals zurück. Mit einer Veränderungsrate von -0,4 % fiel der Exportrückgang aber weniger deutlich aus als im Vorjahr (-2,1 %). Die Importe, die 2024 noch um 0,6 % gesunken waren, legten hingegen um kräftige 3,6 % zu. Sie wurden durch die robusten Konsumausgaben und durch die staatlichen Rüstungsinvestitionen gestützt. Der Außenbeitrag verminderte das gesamtwirtschaftliche Wachstum daher nochmals merklich.

Gleichbleibende Defizitquote

Um die angestrebte Erhöhung der Staatsausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen, wurden die deutschen Fiskalregeln gelockert und die Kreditspielräume erheblich erweitert. Allerdings traten 2025 nur einige der geplanten Fiskalmaßnahmen in Kraft, darunter verteidigungsbezogene Transfers an die Ukraine, sodass die Ausgaben nur moderat stiegen. Die staatlichen Einnahmen legten im Vergleich zu den Ausgaben etwas schwächer zu, trotz gestiegener Sozialversicherungsbeiträge und eines höheren Steueraufkommens. Vor diesem Hintergrund verharrte die Defizitquote auf ihrem Vorjahreswert von 2,7 %. Die Maastricht-Schuldenquote dürfte hingegen etwas gestiegen sein, von 62,5 % Ende 2024 auf etwa 63 % Ende 2025. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2025 werden voraussichtlich Ende April 2026 verfügbar sein.

Schwacher Arbeitsmarkt

Am Arbeitsmarkt zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während es im öffentlichen Dienst sowie im Sozial- und Gesundheitswesen zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau kam, ging die Beschäftigung in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Unternehmensdienstleister merklich zurück. Auch wegen des voranschreitenden demografischen Wandels, dessen Folgen durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung im Inland und eine anhaltende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften nicht kompensiert werden konnten, kam der langjährige Anstieg der Erwerbstätigenzahl insgesamt zum Erliegen. Im Jahresdurchschnitt sank die Zahl der im Inland arbeitenden Erwerbstätigen minimal um 5.000 Menschen auf knapp 46,0 Mio. Die anhaltende gesamtwirtschaftliche Flaute spiegelt sich auch in der Arbeitslosenzahl wider: Sie nahm leicht zu von rund 2,8 Mio. im Vorjahr auf etwa 2,9 Mio. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,0 auf 6,3 %.

Unveränderte Inflationsrate

Nach den kräftigen Preissteigerungen in den Jahren 2021 bis 2023 hat sich die Preisentwicklung im Jahr 2025 weiter stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legte der Verbraucherpreisindex um 2,2 % zu und damit im gleichen Maße wie 2024. Innerhalb des Jahres schwankte die Inflationsrate leicht um diesen Wert, wobei mit 2,4 % im September und 1,8 % im Dezember die höchsten und niedrigsten Monatsraten in der zweiten Jahreshälfte erreicht wurden. Auf Jahressicht blieben die Dienstleistungspreise mit einem Anstieg um 3,5 % der stärkste Treiber der Gesamtteuerung (2024: +3,8 %). Unter anderem für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+8,7 %), Wartungen und Reparaturen von Fahrzeugen (+5,5 %) sowie Gaststättendienstleistungen (+4,0 %) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar mehr Geld aufwenden. Waren verteuerten sich demgegenüber um weniger deutliche 1,0 % (wie bereits 2024). Hier wirkten sich die Preisentwicklungen bei Nahrungsmitteln (+2,0 % nach +1,4 % im Vorjahr) und insbesondere bei Energie (-2,4 % nach -3,2 %) dämpfend auf die Gesamtrate aus.

Verarbeitendes Gewerbe weiter unter Druck

Die Schwächephase im Verarbeitenden Gewerbe hielt 2025 an. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung ging das dritte Jahr in Folge zurück, wenn auch mit einer Veränderungsrate von -1,0 % weniger stark als 2023 (-1,6 %) und 2024 (-4,3 %). Dies verdeutlicht, dass es sich bei der Schwächephase nicht nur um ein konjunkturelles Phänomen handelt, sondern dass sie auch aus anhaltenden inländischen Strukturproblemen resultiert. Dazu zählen beispielsweise hohe Stromkosten, enorme bürokratische Lasten und der demografisch bedingte Mangel an Fachkräften. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes verlief die Entwicklung jedoch teilweise sehr unterschiedlich, wie die Produktionsdaten zeigen.

Während die Produktion in den beiden für die Gesamtentwicklung bedeutsamsten Abteilungen, dem Maschinenbau (-3,0 %) und der Automobilindustrie (-2,0 %), abermals merklich zurückging, legte sie in der Pharmaindustrie (+4,3 %) nach zwei Jahren der Schrumpfung erstmals wieder zu. Auch im Bereich Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (+2,3 %) war ein spürbarer Anstieg zu verzeichnen, befördert vom Strukturwandel in der Industrie hin zur stärkeren Bedeutung produktionsbegleitender Dienstleistungen. Die Zahl der Erwerbstätigen verminderte sich im gesamten Verarbeitenden Gewerbe um 2,2 % auf knapp 7,3 Mio. Menschen.

Weniger Wertschöpfung im Baugewerbe

Im Baugewerbe sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung bereits das fünfte Jahr in Folge. Sie verringerte sich im Jahr 2025 um 2,9 % und lag damit nahezu ein Viertel unter dem Stand zu Beginn der 2020er Jahre. Allerdings waren innerhalb des Wirtschaftsbereichs verschiedene Tendenzen zu verzeichnen. Dies verdeutlichen auch die amtlichen Umsatzdaten für das Bauhaupt- und das Ausbaugewerbe, die jedoch nicht preisbereinigt, sondern lediglich in jeweiligen Preisen verfügbar sind. Belastet durch hohe Baupreise und Unsicherheiten ist der baugewerbliche Umsatz im Wohnungsbau in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,7 % gesunken, was aber weniger stark war als im Jahr 2024 (-10,3 %). Im Ausbaugewerbe (+1,5 %) verlief die Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes angesichts der verhaltenen Wohnungsbaugeschäfte ebenfalls kraftlos. Im Wirtschaftsbau (+6,5 %) und im Öffentlichen Bau (+6,9 %) waren hingegen begünstigt durch bereits laufenden Infrastrukturprojekte deutlichere Umsatzanstiege zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel im gesamten Baugewerbe um 0,8 % auf knapp 2,6 Mio. Menschen, nachdem sie bereits im Vorjahr um 1,3 % zurückgegangen war.

Handwerkskonjunktur tritt auf der Stelle

Auch im Handwerk hat sich die Hoffnung auf eine durchgreifende Belebung nicht erfüllt. Die Umsatzentwicklung dürfte sich jedoch stabilisiert haben. Darauf lassen zumindest die bislang verfügbaren Umsatzdaten der amtlichen Handwerksberichterstattung schließen, die ebenfalls nur in jeweiligen Preisen vorliegen. Demnach übertraf der über alle Gewerbebezüge hinweg ermittelte Umsatz in den ersten drei Quartalen den entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 %, nachdem er im Gesamtjahr 2024 noch um 1,0 % gesunken war. Treiber des leichten Umsatzzuwachses waren die konsumnahen Gewerke, allen voran das Gesundheitsgewerbe (+4,3 %) und die Handwerke für den privaten Bedarf (+1,8 %). In den meisten produktionsnahen Gewerken blieb die Umsatzentwicklung demgegenüber zurück. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Industrieproduktion und der noch nicht gefestigten Baukonjunktur, die sich auch in der anhaltenden Nachfrageschwäche im wichtigen Bereich der energetischen Sanierung zeigt, bildeten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (+0,3 %) und das handwerkliche Ausbaugewerbe (-1,1 %) das Schlusslicht.

Höheres Umsatzplus im Einzelhandel

Im Einzelhandel hat sich das Umsatzwachstum 2025 etwas beschleunigt. Der Branchenumsatz legte preisbereinigt um 2,7 % zu, nachdem er im Vorjahr um 1,2 % gestiegen war. Damit konnten die Rückgänge der von hohen Verbraucherpreisanstiegen geprägten Jahre 2022 und 2023 nahezu wieder ausgeglichen werden. Grund für den höheren Zuwachs war unter anderem ein statistischer Effekt: Durch die Umstrukturierung eines Großunternehmens im Internet- und Versandhandel wurden ab dem Berichtsmonat August 2024 Umsätze erfasst, die zuvor nicht berücksichtigt wurden.

Befördert durch diesen Sondereffekt und durch den allgemeinen Trend hin zu Onlinekäufen stieg der Umsatz im Internet- und Versandhandel um kräftige 10,1 %. Auch im Bereich Apotheken, kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte (+3,5 %) fiel das Wachstum erneut überdurchschnittlich aus, was auch durch die voranschreitende Bevölkerungsalterung begünstigt wurde. In den anderen Sparten fiel die Entwicklung angesichts der großen Einkommens- und Arbeitsmarktunsicherheiten deutlich schwächer aus, wie etwa im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln (-0,2 %) sowie im Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (-0,8 %).

Geschäftsbelegung im Großhandel

Nicht nur in der Gesamtwirtschaft, sondern auch im Großhandel hat sich die allgemeine Situation nach zwei Jahren mit rückläufiger Entwicklung gefestigt. So stieg der preisbereinigte Branchenumsatz im Jahr 2025 um 2,1 %, nachdem er 2023 und 2024 noch um 4,3 % beziehungsweise 0,8 % gesunken war. Dabei verliefen die Geschäfte im Konsumtionsverbindungshandel (+2,2 %) erneut günstiger als im Produktionsverbindungshandel (+1,8 %). Letzterer wurde durch die noch andauernde Flaute in wichtigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes gebremst. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass der konsumnahe Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (+3,3 %) einen überdurchschnittlichen Absatzzuwachs erfuhr, während der Sonstige Großhandel (+1,4 %) - der unter anderem den Handel mit industriellen Vorprodukten sowie Bau- und Installationsbedarf umfasst - noch keine große Dynamik entfalten konnte.

Dienstleistungssektor bleibt zentrale Konjunkturstütze

Der Dienstleistungssektor blieb 2025 die zentrale Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Sektors legte erneut zu, obgleich das Wachstum mit 0,6 % leicht schwächer ausfiel als 2024 (+0,8 %). Innerhalb des Sektors zeigte sich erneut ein gemischtes Bild. Wie bereits im Vorjahr wiesen die Bereiche Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,5 %) sowie Information und Kommunikation (+1,4 %) ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Begünstigt wurde dieses Wachstum durch die weiter zunehmenden Bedarfe nach Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie durch den allgemeinen Digitalisierungstrend. Darüber hinaus legte die Wertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+1,3 %) beachtlich zu, vor allem wegen der besseren Einzelhandelsgeschäfte. Im Vergleich dazu fiel der Zuwachs im Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,5 %) angesichts der insgesamt verhaltenen Baukonjunktur schwächer aus. Die sonstigen Dienstleister etwa für Sport, Unterhaltung und Erholung (-0,3 %), die Unternehmensdienstleister (-0,8 %) sowie die Finanz- und Versicherungsdienstleister (-3,9 %) mussten sogar Wertschöpfungsrückgänge hinnehmen. Die Zahl der im gesamten Dienstleistungssektor arbeitenden Menschen legte erneut zu, im Vorjahresvergleich um 0,5 % auf gut 34,9 Mio. Personen.

Angespannte Lage in der Landwirtschaft

Die wirtschaftliche Lage in der Landwirtschaft hat sich etwas verbessert, blieb aber in der Gesamtschau angespannt. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbands erzielten die Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2024/25 im Mittel ein Unternehmensergebnis von rund 78.500 EUR. Das Ergebnis lag damit zwar leicht über dem Ergebnis des Vorjahres (etwa 78.200 EUR), aber noch immer deutlich unter dem im Wirtschaftsjahr 2022/23 (rund 110.200 EUR) erlangten Gewinn. Einzig die Rinder- und Milchviehhalter verzeichneten ein Ergebnisplus.

Nahezu alle anderen Betriebsformen mussten hingegen Gewinneinbußen hinnehmen, unter anderem wegen rückläufiger Erzeugerpreise für Schweine, Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Aufgrund der allgemeinen Ertragsschwäche und der hohen Unsicherheiten sahen sich viele Betriebe veranlasst, Zukunftsinvestitionen zurückzustellen. Auch im gesamten Agrarsektor, zu dem neben der Landwirtschaft auch die Forstwirtschaft und die Fischerei zählen, hat sich die Situation nur geringfügig verbessert. Die Bruttowertschöpfung des Sektors ist im Jahr 2025 leicht um 0,5 % gestiegen, nachdem sie 2023 (-12,0 %) und 2024 (-0,2 %) noch gesunken war. Die Erwerbstätigenzahl des Agrarsektors ging abermals zurück. Sie sank um 0,5 % auf 562.000 Menschen.

1.2 Finanzmärkte

Positive Entwicklung der Finanzmärkte trotz hoher politischer Unsicherheiten und erhöhter Volatilität

Die politischen Unsicherheiten blieben auch im Jahr 2025 erhöht und erreichten sogar neue Höchststände. Ein wesentlicher Beitrag dazu lag bei der seit Jahresanfang 2025 regierenden US-Administration, die unter anderem durch umfassende Zollandrohungen und -erhebungen gegenüber vielen Handelspartnern für weltweite Verunsicherung sorgte. Auch der weiterhin andauernde Krieg in der Ukraine und die Eskalation des Nahostkonflikts trugen dazu bei. In Frankreich sorgten erneut wackelige Mehrheitsverhältnisse und gescheiterte Regierungen für politische Instabilität. Die neue Bundesregierung in Deutschland und die Ankündigung umfassender Fiskalausgaben wurden an den Finanzmärkten aufgrund positiverer Wachstumsaussichten positiv aufgenommen. Die weiteren Zinssenkungen der Notenbanken und anhaltende Hoffnungen auf Produktivitätseffekte durch Künstliche Intelligenz (KI) sorgten zusätzlich für Kursanstiege. Gleichwohl war die Nervosität der Finanzmarktakteure spürbar. Äußerungen der neuen US-Regierung führten regelmäßig zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten. Auch die Ankündigung des chinesischen KI-Startups DeepSeek, deutlich kostengünstiger und effizienter als amerikanische KI-Modelle vergleichbare Ergebnisse liefern zu können, sorgte für drastische Marktbewegungen und führte beim amerikanischen Chiphersteller Nvidia zu einem Rückgang des Börsenwerts um knapp 600 Mrd. US-Dollar innerhalb eines Tages - dem bislang größten Verlust eines Unternehmens an einem Tag.

Fortsetzung der geldpolitischen Lockerung

Der Zinssenkungszyklus, der in den meisten großen Volkswirtschaften im Jahr 2024 begann, setzte sich 2025 weiter fort. Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte in der ersten Jahreshälfte die Zinsen weiter und wechselte anschließend in einen Haltemodus. Auf der anderen Seite des Atlantiks wartete die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) mit weiteren Zinsschritten bis in die zweite Jahreshälfte. Auch die Notenbanken in Kanada und im Vereinigten Königreich senkten im vergangenen Jahr ihre Leitzinsen. Hervorzuheben ist unter den großen Notenbanken die japanische Zentralbank, die angesichts einer sich weiter beschleunigenden Inflation sogar die Zinsen erhöhte - allerdings ausgehend von einem international vergleichsweise niedrigen Niveau.

Geldpolitik steht vor verschiedenen Herausforderungen

Grundlage der fortgesetzten geldpolitischen Lockerung ist ein ausgeglichenerer Inflationsausblick. Im Euroraum lag die Inflationsrate bereits im Jahresverlauf 2025 in etwa auf Zielniveau, mit einer Jahresrate von 2,1 %. Die für die Geldpolitik relevantere Kerninflationsrate, also die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Teuerung, erwies sich weiterhin als hartnäckig.

Im Jahresverlauf 2025 lag diese, getrieben von weiterhin erhöhten Preissteigerungen im Dienstleistungsbe-
reich, bei 2,4 %. Trotz des weiterhin betonten datengetriebenen „Meeting-by-Meeting“-Ansatzes spielten im
vergangenen Jahr auch die Projektionen der EZB zur Inflationsentwicklung im Euroraum wieder eine grö-
ßere Rolle. Im Dezember 2025 erwartete das Eurosystem eine Teuerungsrate von 1,9 % für das Jahr
2026, gefolgt von 1,8 % und 2,0 % in den beiden Folgejahren. Die Kerninflation dürfte nach den jüngsten
Projektionen im Jahr 2026 bei 2,2 % liegen und sich anschließend auf dem 2,0 %-Niveau einpendeln. Da-
mit dürfte das symmetrische Inflationsziel von mittelfristig 2 % in etwa erreicht werden. In den USA erwies
sich die Inflation als hartnäckiger. Die von der Fed besonders beachtete Personal Consumption Expendi-
ture (PCE)-Rate bewegte sich im Jahresverlauf fast seitwärts und lag im Dezember 2025 bei 2,9 %. Die
Kerninflation lag zum Jahresschluss bei 3,0 %. Im Vergleich zu den Januarwerten von 2,6 % (PCE) bezie-
hungsweise 2,8 % (PCE-Kerninflation) ist somit keine Verbesserung eingetreten, und die Inflation befand
sich weiterhin deutlich oberhalb des Inflationsziels. Entsprechend agierte die Fed vorsichtiger. Die für das
duale Mandat gleichermaßen entscheidende Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigte im Jahresverlauf leichte
Schwächeanzeichen, was die Fed schließlich zu Zinssenkungen veranlasste.

USA: Fed sieht sich politischen Angriffen ausgesetzt

Die US-Notenbank hat im Jahr 2025 ihre geldpolitische Lockerung trotz eines Inflationsniveaus oberhalb
des Inflationsziels fortgesetzt. Neben weiteren Zinssenkungen zählte hierzu auch die Ankündigung, die
quantitative Straffung (Quantitative Tightening, QT) im Dezember 2025 einzustellen. Damit ist der Abbau
von Beständen an Wertpapieren in der Fed-Bilanz aus früheren Ankaufprogrammen gemeint. Der Leitzins
in den USA lag zu Jahresbeginn 2025 in einem Korridor von 4,25 % bis 4,5 %. Nach drei Zinssenkungen
um jeweils 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte 2025 lag der Leitzins zum Jahresende in einem Kor-
ridor von 3,5 % bis 3,75 %. Anders als die EZB mit dem primären Mandat Preisstabilität verfolgt die Fed ein
duales Mandat mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als Zielgrößen. In ihren Begründungen für die geld-
politische Lockerung verwies die Fed auf Schwächen am Arbeitsmarkt, die unter Risikoabwägungen hin-
sichtlich der beiden Zielgrößen trotz weiterhin erhöhter Inflation geldpolitische Lockerungsschritte ange-
messenen erscheinen ließen. Für Verunsicherung sorgten die zunehmenden Angriffe der US-Regierung auf
die unabhängige Notenbank. Die US-Administration forderte offen deutliche Zinsschritte und versuchte,
durch Neubesetzungen sowie juristische Schritte gegen Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgre-
miums Einfluss auf die Geldpolitik zu nehmen. Während es der Fed bislang gelang, sich diesen Angriffen
zu widersetzen, droht bei einer Schwächung der Institution und Zweifeln an der Unabhängigkeit der Geld-
politik eine Beeinträchtigung der geldpolitischen Transmission, eine weiter zunehmende Inflationsrate und
höhere langfristige Zinsen.

Europa: EZB im neutralen Bereich angekommen

Auch die EZB setzte ihre geldpolitische Lockerung fort, allerdings - anders als die Fed - in der ersten Jah-
reshälfte. Nachdem die erste Zinssenkung im laufenden Zyklus im Juni 2024 erfolgte, startete die EZB das
Jahr 2025 mit einem Zinsniveau für die geldpolitisch relevante Einlagefazilität von 3,0 %. Der Zins für die
Hauptrefinanzierungsfazilität lag entsprechend bei 3,15 %, der für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei
3,4 %. Nach Zinssenkungen im Februar, März, April und Juni um insgesamt 100 Basispunkte beließ der
EZB-Rat die Zinsen bis Jahresende auf einem Niveau von 2,0 % (Einlagefazilität), 2,15 % (Hauptrefinan-
zierungsfazilität) bzw. 2,4 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität). Damit lag der Zins für die Einlagefazilität im
von der EZB als geldpolitisch neutral angesehenen Bereich von 1,75 % bis 2,25 %.

Die Inflationsrisiken schienen sich zuletzt relativ die Waage zu halten: Abwärtsrisiken bestanden etwa durch Rückgänge bei Energiepreisen, eine Aufwertung des Euros, Umlenkungen insbesondere chinesischer Waren durch Handelsbeschränkungen oder eine schwächere konjunkturelle Entwicklung. Aufwärtsrisiken hingegen bestanden durch die Ausweitung der Fiskalausgaben im Euroraum sowie bestehende Kapazitätsengpässe oder geo- und handelspolitische Friktionen, die etwa zu Lieferengpässen oder Restrukturierungen von Lieferketten führen könnten.

Abbau der Anleihebestände bei der EZB wurde fortgesetzt

Neben den Zinssenkungen wurde die bereits laufende Bilanznormalisierung durch den schrittweisen Abbau von Anleihebeständen aus dem Anleihekaufprogramm (APP) und dem pandemiebedingten Kaufprogramm (PEPP) fortgesetzt. Die Bestände der APP- und PEPP-Portfolios nahmen kontinuierlich ab, da fällige Anleihen nicht mehr reinvestiert wurden. Zum Jahresende belief sich der Bestand an Wertpapieren aus beiden Kaufprogrammen auf rund 3.700 Mrd. EUR.

Anleihemärkte: Grundgesetzänderung sorgt für nachhaltige Renditebewegung

Neben Inflations- und Zinserwartungen sowie der Geldpolitik wirkten im Jahr 2025 vor allem auch politische Ereignisse auf die Anleihekurse. Im Februar sorgten die Neuwahlen in Deutschland und die Ankündigung eines umfassenden fiskalischen Ausgabenpakets für Verteidigung, Infrastruktur und Klima für einen deutlichen Anstieg der zehnjährigen Bundrenditen um etwa 30 Basispunkte. Damit verbunden sind erwartete positive Wachstumsimpulse, die zu höheren langfristigen Realzinsen führten. Der Anstieg führte auch in weiteren Ländern des Euroraums zu Renditeanstiegen, sodass die Zinsaufschläge zunächst weitgehend unverändert blieben. Die Zinssenkungen der EZB am kurzen Laufzeitende sorgten für einen steileren, positiven Verlauf der Zinsstrukturkurve. Die zehnjährige Bundrendite startete bei 2,36 % ins Jahr und stieg mit der Ankündigung des Fiskalpakets bezogen auf Schlusskurse kurzzeitig auf knapp 3 %, bevor sie sich nach einem Rückgang im Bereich von etwa 2,7 % einpendelte. Zum Jahresende folgte ein kleiner Anstieg und die Renditen lagen zum Jahresschluss bei 2,85 %. Die Zinsaufschläge zu zehnjährigen Bundesanleihen für französische Papiere lagen durch die politisch instabile Lage in Frankreich im Bereich von etwa 70 bis 80 Basispunkten. Damit lagen sie zum Jahresende seit Längerem erstmals wieder höher als die für italienische Papiere, die zum Jahresresultimo bei etwa 65 Basispunkten lagen.

Langlaufende Anleihen bleiben trotz geldpolitischer Lockerungen hoch

In den USA starteten die zehnjährigen US-Anleihen mit einer Rendite von 4,57 % ins Jahr 2025 und erreichten bereits im Januar mit 4,79 % den höchsten Stand des Jahres auf Schlusskursbasis. In der zweiten Jahreshälfte setzte zusammen mit den Zinssenkungen der Fed eine leichte Abwärtsbewegung ein. Zum Jahresende notierten die zehnjährigen Papiere bei 4,16 %. Im Vereinigten Königreich blieben die Renditen auf Jahressicht nahezu unverändert. Zu Jahresbeginn lagen sie wie ihre amerikanischen Pendanten für zehnjährige Titel bei 4,57 %. Zum Jahresende notierten sie mit 4,47 % nur leicht darunter. Unsicherheiten über fiskalische Spielräume sorgten im Vereinigten Königreich für Zinsaufschläge.

Renditestruktur am Anleihemarkt bleibt aufwärtsgerichtet

Die Zinsstrukturkurve verlief - gemessen an der Renditedifferenz von Anleihen mit Restlaufzeiten von zehn und zwei Jahren - für deutsche und amerikanische Anleihen weiterhin normal steigend. Im Jahresverlauf hat sich der Renditeabstand weiter vergrößert und lag für deutsche und amerikanische Anleihen zum Jahresende bei etwa 70 Basispunkten.

Auch am noch längeren Ende der Zinsstruktur kam es zu einer Ausweitung der Renditeaufschläge: So notierten 30-jährige Papiere in Deutschland gut 60 Basispunkte über zehnjährigen, in den USA belief sich der Aufschlag auf knapp 70 Basispunkte. Eine spürbare Auswirkung auf die Zinsaufschläge hatte der sogenannte „Befreiungstag“ („Liberation Day“) in den USA am 2. April 2025, an dem der US-Präsident umfassende Importzölle gegen nahezu alle Handelspartner der USA verkündete und dadurch panische Reaktionen an den Finanzmärkten auslöste. Vor allem in den USA stiegen die Zinsaufschläge für länger laufende Titel daraufhin teils deutlich an.

Euro wertet gegenüber Handelspartnern deutlich auf

Die europäische Gemeinschaftswährung startete mit einem Kurs von 1,0355 US-Dollar in das Jahr 2025 und tendierte in den ersten Handelswochen eher seitwärts. Die Ankündigungen des deutschen Fiskalpakets im März 2025 und der amerikanische „Befreiungstag“ im April sorgten für eine nachhaltige Aufwertung des Euros. Bis Juli 2025 hielt die Aufwärtsbewegung an, bevor der Euro-US-Dollar-Wechselkurs in eine Seitwärtsbewegung überging, in der er mit leichten Schwankungen bis zum Jahresende verblieb. Zum Jahresschluss kostete ein Euro 1,1745 US-Dollar. Die Stärke des Euros beschränkte sich dabei nicht auf den US-Dollar. Der effektive Wechselkurs des Euros gegenüber den 41 wichtigsten Handelspartnern erreichte im vergangenen Jahr ein Allzeithoch, nahe dem er das Handelsjahr beschloss. Verunsicherung über die eratische Politik in den USA sorgte für Abflüsse aus dem US-Dollar und eine Stärkung des Euros. Auch die veränderten Zinserwartungen sowie die Aussicht und Hoffnung auf weitere Zinssenkungen der Fed trugen zur US-Dollar-Abwertung bei. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des gesamten Euroraums hat sich durch die effektive Aufwertung verschlechtert.

Edelmetalle profitieren in Zeiten hoher Unsicherheit als sicherer Hafen

Das Jahr 2025 war geprägt von geo- und handelspolitischen Unsicherheiten. Unsicherheitsindizes wie der viel beachtete Economic Policy Uncertainty Index erreichten in Deutschland und Europa neue Höchststände, in den USA den dritthöchsten Stand seit der globalen Finanzkrise 2008 sowie der Corona-Pandemie 2020. Diese Unsicherheit ging im vergangenen Jahr insbesondere von den USA und den politischen Ankündigungen sowie Entscheidungen der US-Regierung aus. Besonders profitieren konnten von dieser Unsicherheit und der damit verbundenen Schwächung des US-Dollars Edelmetalle wie Gold, Silber, Platin und Palladium, die neue Rekordstände erreichten. Der Goldpreis stieg auf Jahressicht um über 60 % und überschritt erstmals die Marke von 4.000 US-Dollar pro Feinunze. Zum Jahresschluss notierte Gold bei 4.324 US-Dollar. Noch stärker konnte der Silberpreis zulegen, der insgesamt um knapp 150 % stieg, gefolgt von Platin mit rund 120 % und Palladium mit über 70 %.

DAX beendet das Jahr nahe Allzeithoch

Das Jahr 2025 verlief für die Aktienmärkte erneut positiv. Viele wichtige Aktienindizes konnten neue Rekordstände erreichen. Angesichts der anhaltenden Krisenherde wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der hohen Unsicherheit durch die Politik der US-Administration übertraf die positive Entwicklung dank Faktoren wie KI-Hoffnungen und expansiver Fiskalpolitik vielerorts erneut die Erwartungen. Der DAX startete mit 19.909 Punkten ins Jahr 2025 und bewegte sich bis zum amerikanischen „Befreiungstag“ in einer Aufwärtsbewegung. Der deutlichen Korrektur im April folgte eine ebenso deutliche Erholung auf über 24.000 Zähler im Mai. In der zweiten Jahreshälfte ging der DAX in eine Seitwärtsbewegung über und beendete das Jahr bei 24.490 Punkten.

„Befreiungstag“ sorgt für kurzfristige Turbulenzen

Die größten Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im vergangenen Jahr wurden vermutlich durch den amerikanischen „Befreiungstag“ am 2. April 2025 ausgelöst. Der US-Präsident kündigte Zölle gegen eine Reihe von Ländern an, die mindestens 10 % auf Importe für alle Länder vorsahen und für einzelne Länder deutlich höher ausfielen. Bezogen auf Schlusskurse gaben in Europa und den USA die Aktienmärkte innerhalb weniger Tage um über 10 % nach. Die Renditen zehnjähriger US-Anleihen stiegen in den darauffolgenden Tagen in der Spitze um mehr als 25 Basispunkte, der Euro wertete um über 2,5 % auf und der Ölpreis fiel angesichts der Aussichten auf eine geringere globale Nachfrage innerhalb weniger Tage um rund 16 %. Zumindest vorübergehend schien das Vertrauen in den Status der US-Währung als sicherer Hafen beschädigt. Üblicherweise wertet der US-Dollar unter Finanzmarktstress auf und US-Anleihen gewinnen an Wert. Die heftige Reaktion der Finanzmärkte gilt aber auch als ein Grund, warum die US-Regierung zeitnah einlenkte und die Zölle nach einigen Tagen wieder aussetzte, um Verhandlungen mit den einzelnen Ländern einzuleiten. Die Ankündigung der Aussetzung der Zölle sorgte für eine deutliche Erholung an den Finanzmärkten mit Kursgewinnen.

Aktienmärkte beenden das Jahr 2025 mit deutlichem Plus und erhöhten Bewertungen

Den Turbulenzen rund um den „Befreiungstag“ folgte weltweit eine Aufwärtsbewegung. Bezogen auf die Schlusskurse erreichte der DAX am 9. Oktober 2025 mit 24.611 Punkten den höchsten Stand des Jahres und schloss das Jahr nur leicht darunter, mit einem Plus von 23,01 % im Jahresvergleich. Auch die europäischen Aktienmärkte beendeten das Jahr mit Gewinnen: Der Euro Stoxx 50 stieg im Jahresverlauf um 18,29 %. Der französische CAC 40 verzeichnete ein Wachstum von 10,42 %, wobei hier die politischen Unsicherheiten um die angeschlagene Regierung belasteten. Der italienische FTSE MIB erzielte ein Plus von 31,47 %. Die amerikanischen Indizes entwickelten sich teilweise etwas schwächer als die europäischen: Der S&P 500 Composite legte um 16,39 % zu, der Dow Jones Industrial Average stieg um 12,97 %. Der Nasdaq Composite erzielte hingegen, getrieben von KI-Hoffnungen und den großen Technologieunternehmen, einen Zuwachs von 20,36 %. Der britische FTSE 100 legte um 21,51 % zu, der japanische Nikkei 225 stieg um 26,18 %. Die hohen Kursgewinne führten zu erhöhten Bewertungen an den Aktienmärkten. Die Bewertung europäischer Aktien lag dabei über ihrem langfristigen Durchschnitt, während sich die Bewertung amerikanischer Aktien nahe ihrer historischen Höchststände bewegte.

1.3 Geschäftsentwicklung der Genossenschaftsbanken

Kundenkreditgeschäft der Genossenschaftsbanken nimmt leicht an Wachstumsdynamik zu / Einlagengeschäft mit stabiler Zunahme

Im Jahr 2025 hatte sich die wirtschaftliche Stimmung zu Jahresbeginn zwar aufgehellt, befördert vor allem durch die erwarteten Ausgabensteigerungen der neu gewählten Bundesregierung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung blieb jedoch erneut aus. Die Gemengelage aus hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten - unter anderem verursacht durch die unberechenbare US-Handelspolitik und die anhaltenden inländischen Strukturprobleme, wie den Bürokratielasten und dem allgemeinen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit - dämpfte die Konjunktur. In diesem herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld setzten die 646 Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie die sonstigen Genossenschaftsbanken mit ihren über 30 Millionen Privat- und Firmenkunden ihren Wachstumskurs im Geschäftsjahr 2025 im Kredit- und Einlagengeschäft fort.

Im Vergleich zum Vorjahr legte das Kreditgeschäft eine positivere Entwicklung hin. Die bilanziellen Kundenforderungen nahmen im Geschäftsjahr 2025 um 30 Mrd. EUR auf 827 Mrd. EUR zu (+3,8 %) und übertrafen damit den bereits robusten Vorjahreszuwachs (+2,6 % im Jahr 2024). Treiber der Entwicklung waren insbesondere langfristige Finanzierungen. Auch das Einlagengeschäft der Genossenschaftsbanken verzeichnete ein solides Plus. Es erreichte zum Jahresende 925 Mrd. EUR (+3,7 %). Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken erhöhte sich um 32 Mrd. EUR auf 1.240 Mrd. EUR (+2,7 %).

Kreditbestände steigen - getragen vom langfristigen Kundengeschäft

Das Kreditgeschäft der Volksbanken und Raiffeisenbanken hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr positiv entwickelt. Die Wachstumsrate des Vorjahres konnte 2025 trotz der weiter andauernden gesamtwirtschaftlichen Schwäche übertroffen werden. Per Dezember 2025 nahmen die Kreditbestände der Genossenschaftsbanken an Nichtbanken um 30 Mrd. EUR (oder 3,8 %) auf 827 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr zu. Treiber des Kreditwachstums bei den Genossenschaftsbanken sind nach wie vor die langfristigen Forderungen, welche im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 31 Mrd. EUR oder 4,3 % auf 748 Mrd. EUR zulegten. Die allgemeine Kreditnachfrage im kurzfristigen Bereich sank im Betrachtungszeitraum und war mit +0,9 % weniger dynamisch als im langfristigen Laufzeitband. Die kurzfristigen Forderungen pendeln sich bei einem Niveau von 37 Mrd. EUR ein. Im mittelfristigen Laufzeitband sanken die Kreditbestände um -3,2 % auf 42 Mrd. EUR.

Kreditbestände nach den Geschäftsfeldern Privat- und Firmenkunden

Die Kreditbestände legten in den beiden Geschäftsfeldern Privat- und Firmenkundengeschäft zu. Die Kredite an Privatkunden insgesamt wuchsen per Ende 2025 um 14 Mrd. EUR (+3,8 %) auf 384 Mrd. EUR. Wohnbaukredite stellten auch in diesem Jahr mit 347 Mrd. EUR weiterhin 90 % aller Kredite an Privatkunden. In diesem Segment ließ sich eine Zunahme um 14 Mrd. EUR oder 4,3 % beobachten. Ferner sicherten sich auch Unternehmen und Selbständige sowie sonstige Firmenkunden angesichts der Unsicherheiten über den wirtschaftlichen Fortgang Liquidität und Kreditlinien über die Genossenschaftsbanken. Die Kredite an Firmenkunden und sonstige Kunden stiegen um 16 Mrd. EUR (+3,7 %) auf 443 Mrd. EUR.

Exkurs private Wohnbaufinanzierung

Für die Wohnbaufinanzierung ist weiterhin eine Aufwärtsbewegung zu beobachten. So verzeichneten die Genossenschaftsbanken ein kräftiges Wachstum bei den Wohnbaukrediten sowohl an Privat- als auch an Firmenkunden auf insgesamt 491 Mrd. EUR (+4,7 %). Der Großteil dieses Anstiegs ließ sich auf Seiten des Privatkundengeschäfts verzeichnen. Die Wohnbaukredite an inländische Privatkunden wuchsen um 14 Mrd. EUR oder 4,3 % auf ein Niveau von insgesamt 347 Mrd. EUR an. Trotz der gesamtwirtschaftlich betrachtet verhaltenen Erholung der Wohnungsbauinvestitionen stieg die Kreditnachfrage und die Inanspruchnahme von Kreditlinien allerdings auch auf der Firmenkundenseite. Hier verzeichneten die Genossenschaftsbanken im Betrachtungszeitraum einen Anstieg um 8 Mrd. EUR auf insgesamt 144 Mrd. EUR (+5,8 %). Daten zum Neugeschäft der privaten Wohnbaufinanzierungen zeigten auch im vergangenen Jahr ein zweistelliges Wachstum und weisen auf eine andauernde Belebung am Wohnimmobilienmarkt hin. Im Vergleich zum Vorjahr stieg einer Stichprobe von Genossenschaftsbanken zufolge das Neugeschäft im zurückliegenden Geschäftsjahr um 20 %.

Exkurs Kreditmarktanteile

Auch wenn die Marktanteile bei den Kundenkrediten insgesamt einen leichten Rückgang um 0,1 Prozentpunkte auf 18,0 % erfuhren, konnten die Genossenschaftsbanken ihre Marktanteile in den dazugehörigen Aggregaten dennoch ausweiten. So stieg der Privatkunden-Marktanteil leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 24,7 %, der Kredit-Marktanteil bei nichtfinanziellen Unternehmen und wirtschaftlich Selbständigen erhöhte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 23,5 %. Der Marktanteil bei den wirtschaftlich Selbständigen (Gewerbekunden) legte ebenfalls leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 35,5 % zu.

Sicherheit durch Langfristpräferenz

Die Kreditvergabe der Genossenschaftsbanken zeichnet sich durch eine konservative Ausgestaltung aus. 90 % der vergebenen Kredite weisen eine anfängliche Zinsbindung von über fünf Jahren auf. Längere Zinsbindungsfristen schützen Kreditkunden besser vor Zinsänderungsrisiken und damit vor Unsicherheiten über die zukünftige Zins- und Tilgungsbelastung. Gut 95 % der von Genossenschaftsbanken ausgereichten Kredite sind mittel- und langfristige Finanzierungen. Diese Langfristpräferenz - verbunden mit Festzinskonditionen - verschafft den Privat- und Firmenkunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken Sicherheit und Transparenz bei ihren Finanzierungen.

Sichteinlagen treiben das Einlagengeschäft – Spareinlagen und Sparbriefe rückläufig

Die Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken legten im Jahr 2025 weiter zu und erreichten zum Jahresende 925 Mrd. EUR, ein Anstieg um 33 Mrd. EUR oder + 3,7 %. Damit setzte sich das robuste Einlagenwachstum bei den Genossenschaftsbanken fort. Zulegen konnten vor allem die täglich fälligen Verbindlichkeiten, die einen kräftigen Anstieg um 35 Mrd. EUR oder 6,4 % auf 589 Mrd. EUR verzeichneten. Die hohe Liquiditätspräferenz der Kundinnen und Kunden spiegelte sich damit in einem spürbaren Ausbau der Sichteinlagen wider. Die Umschichtung in höher verzinsten Termineinlagen fiel im Jahr 2025 deutlich verhaltener aus als im Vorjahr. Die Bestände an Termineinlagen erhöhten sich nur leicht auf 184 Mrd. EUR (+0,8 %). Während kurzfristige Zinsvorteile im Jahr 2024 zu einem außergewöhnlich starken Anstieg der Termineinlagen geführt hatten, ließ dieser Effekt im Berichtsjahr 2025 nach, unter anderem bedingt durch die geldpolitischen Rahmenbedingungen im Euroraum. Das Volumen an Sparbriefen ging im Jahr 2025 zurück. Ihr Bestand verringerte sich um 6,2 % auf 25 Mrd. EUR. Auch die Spareinlagen verzeichneten einen weiteren, jedoch abgeschwächten Rückgang. Sie sanken auf 127 Mrd. EUR (-1,4 %). Die geringere Verzinsung klassischer Spareinlagen und die Präferenz für liquide oder festverzinsliche Alternativen trugen zu dieser Entwicklung bei. Insgesamt haben sich die Genossenschaftsbanken im Einlagengeschäft auch 2025 gut behauptet. Das Wachstum bei den täglich fälligen Einlagen kompensierte die Rückgänge in den übrigen Segmenten deutlich. Die Einlagenstruktur spiegelt damit weiterhin eine ausgeprägte Liquiditätspräferenz der Kundinnen und Kunden wider, während die Nachfrage nach Einlageformen mit längeren Bindungsfristen aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus zurückging.

Exkurs Einlagenmarktanteile

Insgesamt betrachtet konnten die Genossenschaftsbanken ihren Marktanteil im Kundeneinlagengeschäft im Vergleich zum Vorjahr auf einem Niveau von 18,6 % halten. Gleiches gilt für die Sichteinlagen, bei denen die Kreditgenossenschaften ihren Marktanteil von 19,6 % aufrechterhalten konnten. Die leichte Zunahme der Termineinlagen schlug sich auch in einem ebenfalls leicht gestiegenen Marktanteil in diesem Segment nieder.

Hier konnten sich die Genossenschaftsbanken einen Marktanteil um 0,1 Prozentpunkte auf 13,1 % für das Jahr 2025 sichern. Im Segment der Spareinlagen konnte der Marktanteil auf 32,2 % ausgedehnt werden.

Eigenkapital

Die Genossenschaftsbanken haben im Jahr 2025 ihre verlässliche Eigenkapitalbasis, die die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik widerspiegelt, weiter gestärkt. Das bilanzielle Eigenkapital stieg um 2 Mrd. EUR oder 3,7 % auf 69 Mrd. EUR. Sowohl ein Anstieg der Rücklagen als auch die Erhöhung der Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) leisteten hierzu einen Beitrag. Die Rücklagen legten um 3,3 % auf 50 Mrd. EUR zu, die Geschäftsguthaben wuchsen um 4,8 % auf 19 Mrd. EUR. Die robuste Eigenkapitalausstattung stellt sicher, dass die Genossenschaftsbanken auch künftig in der Lage sind, die Kreditwünsche ihrer Privat- und Firmenkunden umfassend zu bedienen, insbesondere in Hinblick auf wichtige Investitionsbereiche wie Wohnungsbau, energetische Sanierungen sowie Digitalisierung. Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Unsicherheiten bleibt die stabile Eigenkapitalbasis ein zentraler Pfeiler für die Widerstandsfähigkeit der Genossenschaftsbanken.

Bilanzsumme

Die aggregierte Bilanzsumme aller 646 Genossenschaftsbanken stieg um 2,7 % oder 32 Mrd. EUR auf 1.240 Mrd. EUR an. Die durchschnittliche Bilanzsumme je Institut liegt aktuell bei 1,9 Mrd. EUR. Die Spannweite bei den Bilanzsummen reicht unter den Genossenschaftsbanken von 0,04 Mrd. EUR für die kleinste bis 52 Mrd. EUR für die größte Bank.

646 Genossenschaftsbanken

Der Konsolidierungsprozess unter den Instituten setzte sich gegenüber dem Vorjahr in einem ähnlichen Umfang fort. Die Zahl der selbständigen Genossenschaftsbanken lag per Ende 2025 bei 646 Instituten. Sie sank fusionsbedingt um 26 Institute bzw. um -3,9 % im Vergleich zum Vorjahr. 47 Banken betrieben neben dem Bankgeschäft auch das Warengeschäft (Vorjahr: 49 Institute).

Räumliche Nähe zum Kunden: Zweigstellen / Bankstellen / SB-Filialen / Geldautomaten

Das Kundenverhalten im Bankgeschäft veränderte sich auch im Jahr 2025 weiter spürbar zugunsten digitaler Lösungen. Immer mehr Kundinnen und Kunden nutzten Online- und Mobile-Banking-Angebote für ihre alltäglichen Finanzgeschäfte und setzten verstärkt auf digitale Servicekanäle und Bezahlungsmöglichkeiten. Die Entwicklungen spiegeln den langfristigen Trend hin zu einer stärker digitalen Kundenbetreuung wider. Die weiter voranschreitende Digitalisierung zeigt sich im Ergebnis auch in einem fortwährenden Strukturwandel bei den personenbesetzten Zweigstellen, deren Rückgang sich allerdings im Vergleich zu den Vorjahren merklich verlangsamt hat. Die Zahl der Zweigstellen sank im zurückliegenden Jahr auf 6.167 (Veränderung zum Vorjahr -144 Zweigstellen, -2,3 %). Die Zahl der Bankstellen (Hauptstellen plus personenbesetzte Zweigstellen) sank um 170 (-2,4 %) auf 6.813 Bankstellen. Die Zahl der SB-Stellen sank um -96 SB-Stellen oder -2,7 % auf 3.466 (Vorjahr: 3.562, Veränderung 2024/2023: -8,3 %).

Im Betrachtungszeitraum 2025 sank die Zahl der Geldautomaten (GA) auf 13.791. Zum Vergleich: Ende 2024 gab es bei den Genossenschaftsbanken noch 14.297 GA. Die Anzahl der GA ist damit um 506 GA im Vergleich zu 2024 gesunken (- 3,5 %).

Mitgliederzahl

Aktuell beträgt die Zahl der Mitglieder der Genossenschaftsbanken 17,5 Mio. (Vorjahr 17,6 Mio., Netto-Rückgang von gut -101.000 Mitgliedern, -0,6 %).

Ergebnisentwicklung Genossenschaftsbanken 2025

Das Jahr 2025 stellte für die Bankenbranche insgesamt ein komplexes Umfeld mit schwacher wirtschaftlicher Entwicklung und geopolitischen Unsicherheiten dar. Trotz dieser Herausforderungen haben die Genossenschaftsbanken ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Sie konnten den Jahresüberschuss vor Steuern um 10,1 % auf 9,5 Mrd. EUR und somit auf ein neues Rekordniveau steigern. Der Zinsüberschuss stieg um 5,1 % auf 21,5 Mrd. EUR. Das ist der höchste Wert der vergangenen fünf Jahre. Maßgeblich hierfür waren gesunkene Zinsaufwendungen von -14 %, während die Zinserträge um 2,1 % zurückgingen. Der Rückgang der Zinsaufwendungen resultierte aus den erwähnten Umschichtungen auf der Passivseite sowie aus reduzierten Refinanzierungskosten infolge der EZB-Zinssenkungen. Die Zinsspanne stieg leicht auf 1,76 % der dBS (2024: 1,73 % der dBS). Der Provisionsüberschuss legte um 2 % auf 6,7 Mrd. EUR zu. Er wurde wie in den Vorjahren größtenteils im Zahlungsverkehr sowie im Vermittlungs- und Wertpapiergeschäft erwirtschaftet. Hier wirkte insbesondere die positive Börsenentwicklung mit dem gestiegenen Wertpapierbeständen, die den Provisionsüberschuss gestärkt hat. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 2,9 % auf 17,5 Mrd. EUR. Treiber war insbesondere der Personalaufwand, der sich infolge der Tarifsteigerungen um 4,6 % erhöhte. Die Zahl der Beschäftigten wuchs um 1,9 % auf 139.500. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind inflationsbedingt moderat auf 7,6 Mrd. EUR gestiegen. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich auf 62,1 %, nach 63 % im Vorjahr. Das Betriebsergebnis vor Bewertung wuchs um 6,3 % auf 11,7 Mrd. EUR. Das Bewertungsergebnis blieb mit -2,2 Mrd. EUR auf hohem, aber stabilem Niveau. Der Jahresüberschuss vor Steuern stieg um 10,1 % auf 9,5 Mrd. EUR. Das ist ein neues Rekordniveau. Zugleich stärkten die Institute ihre Substanz weiter und führten dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach aktuellem Stand 4,5 Mrd. EUR zu. Die Genossenschaftsbanken haben in den Regionen 2,8 Mrd. EUR Steuern gezahlt – das sind 5,5 % mehr als im Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Steuern erreichte rund 2,3 Mrd. EUR, was einem Anstieg von 26,8 % entspricht.

Ausblick

Das Jahr 2025 war nach 2024 gesamtwirtschaftlich ein weiteres Jahr der Stagnation, gekennzeichnet durch geopolitische Verwerfungen und eine anhaltende Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft. Die Unsicherheit aufgrund der US-Politik und internationaler Kriege (Ukraine, Iran) ist weiterhin erhöht. Angesichts dieser Rahmenbedingungen lässt sich die weitere Konjunkturerwicklung noch nicht belastbar abschätzen. Während im Positivszenario die bisherigen Prognosen einer unveränderten Geldpolitik der EZB Bestand haben könnten, wären im Negativszenario wirtschaftliche Einbußen zu erwarten. Unabhängig davon dürften die Insolvenzen im Jahr 2026 ihren Höhepunkt überschreiten. Chancen für Wachstum bestehen im Wohnungsbau und im Geschäft mit dem Mittelstand. Zusätzliche Impulse entstehen im Zuge der Umsetzung des Investitionspakets der Bundesregierung und der gestiegenen Rüstungsausgaben. Die bisherige Kostenentwicklung mit leicht steigender Tendenz dürfte sich fortsetzen. Neben den steigenden Personalkosten sind als Kostentreiber vor allem die Regulierungskosten und weitere Investitionen in Digitalisierung zu nennen. Herausfordernd bleibt der intensive Wettbewerb mit Neobanken und -brokern, Payment-Anbietern und Tech-Konzernen, der den Anpassungsdruck in der Branche erhöht.

Unabhängig von den bevorstehenden Herausforderungen haben die Genossenschaftsbanken eine solide Kapitalbasis, um Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Nachhaltigkeit zu tätigen, zu finanzieren und gleichzeitig Risiken abzufedern.

Exkurs Verbundgeschäft der Genossenschaftsbanken 2025

Im Jahr 2025 haben die Genossenschaftsbanken ihr außerbilanzielles Kundenvolumen mit Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe deutlich gestärkt, mit einem Wachstum im Kundenanlagevolumen und leicht rückläufigem Kundenkreditvolumen. Hier wirkte vor allem positive Kapitalmarktentwicklung mit gesteigerten Wertpapierbeständen. Gegensätzliche Wirkung entstand durch mehrere EZB-Zinssenkungen im Jahr 2025, die zur Reduktion des außerbilanziellen Kundenkreditvolumens führten. Das Verbundgeschäft hat sich im Jahr 2025 insgesamt, um 4,8 % auf 705 Mrd. EUR erhöht. Das außerbilanzielle Kundenkreditvolumen reduzierte sich um 0,5 % auf 124 Mrd. EUR, während die außerbilanziellen Kundenanlagen stark um 6,0 % auf 582 Mrd. EUR stiegen. Haupttreiber sind hier insbesondere, die stark, um 7,1 % gestiegenen Wertpapierbestände. Die Gesamtzahl der Kundendepots bestehend aus den Depot B-Konten der Genossenschaftsbanken und Union Depots stieg im Jahr 2025 auf 7.351.366 (+140.263 bzw. +1,9 %), während sich die Anzahl der Union Depots um 2,7 % auf 5.831.872 erhöhte und die Anzahl der Depots B der Genossenschaftsbanken im Vergleich zum Vorjahr um - 0,9 % leicht auf 1.519.494 sank. Die Provisi- onserträge aus dem Verbundgeschäft der Genossenschaftsbanken sind zum Vorjahr deutlich auf insge- samt 3 Mrd. EUR gestiegen, ein Anstieg um 0,1 Mrd. EUR bzw. 4,2 %.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

In unserer Unternehmenskonzeption haben wir uns auf die Bedarfssituation unserer Mitglieder ausgerichtet und daraus eine langfristige Unternehmensplanung entwickelt, die entsprechend den in unserer Satzung genannten Dienstleistungen eine Begleitung unserer Mitglieder und Kunden in relevanten Finanzierungs- und Vermögensanlagenfragen vorsieht.

Durch eine strategische Eckwert- und Kapitalplanung über einen Zeitraum von drei Jahren und mit Hilfe von Kennzahlen und Limitsystemen planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Wir verwenden dabei folgende bedeutsamsten finanzielle Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig über- wachen:

- Betriebsergebnis vor Bewertung
- Cost Income Ratio
- Gesamtkapitalquote

a) Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergeb- nisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: "BE vor Bewertung/dBS") festge- legt. Die Kennzahl BE vor Bewertung/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäfts- wachstum, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme. Der strategische Zielwert für 2025 wurde mit 1,15 % definiert.

b) Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität der Bank wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: "CIR") bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar. Der strategische Zielwert für 2025 wurde mit der Unterschreitung von 62,0 % definiert.

c) Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote nach Art. 92 Abs.2 CRR. Der strategische Zielwert für 2025 für die Gesamtkapitalquote beträgt 17,0 %.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren erfolgen in den nächsten Abschnitten.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren haben wir intern ebenfalls definiert und in einer Balanced Score Card (BSC) zusammengefasst, betrachten diese aber im Hinblick auf die Steuerung der Bank nicht als bedeutsamste Leistungsindikatoren.

Sie gliedert sich in die folgenden fünf Dimensionen: Risiko, Finanzen, Kunden/Mitglieder, Prozesse und Teammitglieder. Dieses Steuerungsinstrument unterliegt einem fest definierten Managementregelkreis.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Maßgeblich wurde das Jahr 2025 durch eine weiterhin normale Strukturkurve bestimmt. Ebenso führten die anhaltend stockende Konjunktur und die noch immer getrübten Konjunkturaussichten zu einer grundsätzlichen Zurückhaltung der Firmenkunden bei Investitionsvorhaben und der Privatkunden im Konsum und beim Eigenheimbau.

Dennoch konnten die anspruchsvollen Wachstumsziele beim Kreditwachstum (Firmenkunden und Privatkunden) erreicht bzw. übertroffen werden. Dieses ist durch eine noch weiter verbesserte Marktbearbeitung gelungen, die sowohl durch gesteigerte Kundenkontakte, verbesserte Kreditprozesse und den weiteren Ausbau der Plattformvermittlung in der Baufinanzierung zu erklären ist.

Im Einlagengeschäft konnte das Wachstumsziel von 2,2 % zwar nicht vollständig erreicht werden. Jedoch ist mit einem Wachstum von 1,8 % wieder eine Ausweitung der Einlagenbestände gelungen. Zusammen mit dem Wachstum der Kundenbestände im Verbundbereich sind die Wachstumswerte beim Kundenanlagevolumen mit 3,9 % sehr zufriedenstellend.

Im Jahr 2025 war bezogen auf das Bewertungsergebnis Kundengeschäft besonders ein Einzelfall ausschlaggebend, bei dem die Sicherheitenverwertung abgeschlossen und Einzelwertberichtigungen aufgelöst werden konnten. Auf Grund dessen und weiterer ergebnisstützender Effekte lag es mit +1,6 Mio. EUR deutlich über der Planung von -4,5 Mio. EUR.

Bei den im eigenen Bestand gehaltenen Immobilien führte die laufende Wertüberprüfung durch Marktwertgutachten zu keinen Abwertungen unserer Objekte.

Das Bewertungsergebnis bei den Eigenanlagen ist neben bewussten Veräußerungen aus dem Anlagevermögen insbesondere durch die Abwertung eines Fonds beeinträchtigt und lag mit Abschreibungen in Höhe von 1,0 Mio. EUR unterhalb des Planwertes von 1,0 Mio. EUR Zuschreibungen.

Im Hinblick auf das von uns betriebene Geschäft haben sich darüber hinaus keine weiteren wichtigen Vorgänge ergeben.

Der Aufbau unseres Immobilienportfolios bleibt ein strategischer Plan. Weitere Aktivitäten werden mit Blick auf die Marktsituation, die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen und die beabsichtigten Weiterentwicklungen der eigenen Filialgebäude jedoch mit gebremstem Tempo fortgesetzt.

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2025 stellt sich wie folgt dar:

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung betrug 25,2 Mio. EUR, nach 23,6 Mio. EUR im Vorjahr. Die Rentabilitätskennzahl BE vor Bewertung/dBS erhöhte sich im Vorjahresvergleich von 0,89 % auf 0,94 %. Die CIR lag im Geschäftsjahr 2025 bei 66,4 % (Vorjahr: 65,7 %). Die Gesamtkapitalquote belief sich auf 16,0 % (Vorjahr: 16,4 %).

Für das Jahr 2025 haben wir für das Betriebsergebnis vor Bewertung 17,4 Mio. EUR bzw. 0,65 % der dBS prognostiziert. Die CIR wurde mit 73,7 % und die Gesamtkapitalquote mit 16,1 % erwartet.

Die Entwicklung in den bedeutsamsten Leistungsindikatoren entspricht bzw. übertrifft somit unsere Prognose. Die Ursache ist vor allem im Zinsergebnis zu suchen. Neben einem margenträchtigen Wachstum im Kreditgeschäft und einem unter unserer Prognose auslaufenden Zinsaufwand gegenüber Kunden sind außerdem über der Planung liegende Entnahmen aus unserem Spezialfonds für die Planüberschreitungen verantwortlich. Dazu kommt eine Unterschreitung des geplanten Verwaltungsaufwandes, da Investitionen in die Folgejahre verschoben wurden und Beitragsreduzierungen bei den Garantiefonds der Sicherungseinrichtungen zum Tragen kamen.

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	2.708.820	2.621.810	87.010	3,3
Außerbilanzielle Geschäfte *)	897.246	863.128	34.118	4,0

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Unsere Bilanzsumme hat sich zum Vorjahr um rund 87,0 Mio. EUR oder 3,3 % auf ca. 2,7 Mrd. EUR erhöht. Die Ausweitung resultiert insbesondere aus einem hohen Kreditwachstum im Kundengeschäft, das die Reduzierung im Einlagengeschäft durch Fälligkeiten überkompensiert.

Die Eventualverbindlichkeiten reduzierten sich um 1,3 Mio. EUR und die unwiderruflichen Kreditzusagen gingen um 4,6 Mio. EUR zurück.

Die außerbilanziellen Geschäfte erhöhten sich um 4,0 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Sie bestehen zum großen Teil aus im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung abgeschlossenen Zinsderivaten zur Absicherung von Marktpreisrisikoänderungen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	1.567.309	1.452.195	115.114	7,9
Wertpapieranlagen	891.290	969.234	-77.944	-8,0
Forderungen an Kreditinstitute	133.474	87.503	45.971	52,5

Im Geschäftsjahr konnte trotz der geringen Baukonjunktur sowohl bei den Immobilienfinanzierungen als auch im Firmenkundenbereich das Kundenkreditgeschäft (ohne Schuldscheindarlehen) um 125,7 Mio. EUR oder 9,0 % ausgebaut werden.

Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes liegt im Bereich der Privatkunden insbesondere bei privaten Immobilienfinanzierungen. Die Kreditvergabe an Firmenkunden betraf schwerpunktmäßig Unternehmensfinanzierungen des regionalen Mittelstands.

Wertpapiere der Eigenanlagen wurden bei Fälligkeiten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Liquidität und Risikobudgets wieder angelegt. Weiterhin wurden Senior-Non-Preferred-Anleihen veräußert, um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten zu stärken. Insgesamt ergab sich ein Bestandsrückgang um 77,9 Mio. EUR.

Im Rahmen des Eigenanlagen- bzw. Liquiditätsmanagements haben wir nach wie vor Gelder - insbesondere bei unserer Zentralbank - angelegt, wobei stichtagsbezogen zum Jahresende unsere Forderungen gegenüber Kreditinstituten um 46,0 Mio. EUR gestiegen sind.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	318.869	287.033	31.835	11,1
Kundengelder	2.048.124	2.011.849	36.275	1,8
Spareinlagen	314.876	327.713	-12.836	-3,9
täglich fällige Einlagen	1.440.731	1.388.731	52.000	3,7
Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	292.517	295.406	-2.889	-1,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.915	5.085	-1.170	-23,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um rund 31,8 Mio. EUR auf ca. 318,9 Mio. EUR erhöht. Diese Zunahme resultiert aus einer ausgeweiteten Refinanzierung am Geld- und Kapitalmarkt auf Grund des hohen Kreditwachstums.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Bestand an Kundeneinlagen mit rund 36,3 Mio. EUR um ca. 1,8 % erhöht. Dieser Zuwachs wird hauptsächlich durch Zuflüsse bei den täglich fälligen Einlagen erzielt (3,7 %). Die positive Entwicklung der Einlagen mit vereinbarter Laufzeit im Vorjahr (7,6 %) hat sich nicht weiter fortgesetzt. Stattdessen ist hier ein leichter Rückgang zu beobachten (- 1,0 %). Bei den Spareinlagen ist ein erneuter Abfluss (- 3,9 %), wie auch im Jahr 2024, festzustellen.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	637	580	57	9,8
Vermittlungserträge	9.547	9.359	187	2,0
Erträge aus Zahlungsverkehr	11.780	10.667	1.114	10,4

Im Bereich der Dienstleistungsgeschäfte war in Summe ein Wachstum von 1,4 Mio. EUR auf Grund der positiven Entwicklung aller Teilbereiche zu verzeichnen. Die Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften konnten durch die erfolgreiche Fortführung der Vertriebsaktivitäten im Private Banking weiter ausgebaut werden. Die positive Kursentwicklung an den Aktienmärkten unterstützte diese Zusatzerlöse. Die Entwicklung der Vermittlungserträge wurde auch dieses Jahr von einer unklaren Rechtslage aus Datenschutzsicht gehemmt, die sich erst im Laufe des Jahres aufgelöst hat. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr konnten im Wesentlichen durch eine Neuadjustierung des Hausbankmodells gesteigert werden.

Insgesamt erwies sich das Dienstleistungsgeschäft als eine stabile und wichtige Ertragsquelle der Bank. Auf Grund der Übererfüllung der Planwerte und der Steigerung gegenüber dem Vorjahreswert ist das Ergebnis mehr als zufriedenstellend.

Personal- und Sozialbereich

Zum Jahreswechsel waren 403 Mitarbeiter in unserem Haus beschäftigt (ohne Vorstände). In Zeiten schneller Strukturveränderungen, strenger Regulatorik und rasant fortschreitender Digitalisierung ist eine umfassende Ausbildung junger Menschen und eine intensive Fortbildung der gesamten Belegschaft wichtiger denn je.

Die VR-Bank Mitte eG ermöglichte insgesamt 20 Auszubildenden und dualen Studenten den ersten Schritt ins Berufsleben. Zur fachlichen Weiterbildung unserer Mitarbeiter und zum Training der persönlichen Kompetenz nutzen wir interne Weiterbildungsmaßnahmen, die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen und externe Anbieter.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	49.204	47.777	1.427	3,0
Provisionsüberschuss ²⁾	20.903	19.473	1.430	7,3
Sonstige betriebliche Erträge	3.419	3.688	-269	-7,3
Verwaltungsaufwendungen	47.244	46.477	767	1,7
a) Personalaufwendungen	29.090	27.476	1.614	5,9
b) andere Verwaltungs- aufwendungen	16.460	15.496	964	6,2
c) Abschreibungen	1.694	3.505	-1.811	-51,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.056	896	160	17,9
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	25.226	23.565	1.662	7,1
Bewertungsergebnis ⁴⁾	570	-2.701	3.270	-121,1
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	25.796	20.864	4.932	23,6
Steueraufwand	4.829	5.249	-420	-8,0
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	17.600	12.000	5.600	46,7
Jahresüberschuss	3.366	3.615	-248	-6,9

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

⁴⁾ Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich im Jahr 2025 auf 25,2 Mio. EUR gegenüber 23,6 Mio. EUR im Vorjahr erhöht und liegt damit deutlich über unserer Erwartung.

Maßgeblich für die Veränderung gegenüber dem Vorjahr sind Anstiege des Zins- und Provisionsüberschusses. Die gestiegenen Personalaufwendungen werden durch reduzierte Abschreibungen, da die Bewertung und Wertkorrektur der Immobilien im Bankbestand im Vorjahr abgeschlossen wurde, kompensiert.

Der Anstieg des Zinsüberschusses um 1,4 Mio. EUR resultiert aus einem margenträchtigen Wachstum im Kreditgeschäft und einem unter unserer Prognose auslaufenden Zinsaufwand gegenüber Kunden sowie über der Planung liegende Ausschüttungen aus unserem Spezialfonds.

Das Provisionsergebnis in Höhe von 20,9 Mio. EUR liegt mit einem Wachstum von 1,4 Mio. EUR oder 7,3 % ca. 0,3 Mio. EUR über der Planung. Trotz einer weiter herausfordernden Datenschutzlage konnten die Gesamterträge durch eine Neuausrichtung des Hausbankmodells und damit einhergehenden erhöhten Zahlungsverkehrserlösen insgesamt ausgebaut werden. Außerdem ist die positive Entwicklung des Wertpapiergeschäfts, getrieben durch steigende Aktienmärkte, hervorzuheben. Die Entwicklung des Provisionsergebnis wird daher als sehr positiv bewertet.

Die Verwaltungsaufwendungen ohne Abschreibungen sind im Vorjahresvergleich um 2,6 Mio. EUR auf 45,6 Mio. EUR gestiegen. Trotz dieser Erhöhung wurde der Planwert von 46,8 Mio. EUR unterschritten, da Investitionen in die Folgejahre verschoben wurden und Beitragsreduzierungen bei den Garantiefonds der Sicherungseinrichtungen zum Tragen kamen.

Der Anstieg des Personalaufwands um 5,9 % resultiert überwiegend aus einer Tarifsteigerung um 5,0 % zum 01. Januar 2025. Insgesamt liegen wir mit dem Personalaufwand leicht über der Planung. Wesentlicher Faktor hierfür ist eine ungeplante Rückstellung für Tantieme und erfolgsabhängige Vergütung, welche wiederum zum Großteil durch Kostenersparnisse aus unbesetzten Stellen kompensiert wird.

Das Bewertungsergebnis stellt mit 0,6 Mio. EUR einen positiven Ergebnisbeitrag, der sich aus 1,6 Mio. EUR Kundengeschäft und -1 Mio. EUR Wertpapiergeschäft zusammensetzt. Der negative Betrag der Wertpapierbewertung resultiert neben der Marktentwicklung im Wesentlichen aus der Wertberichtigung einer Fondsanlage.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Unsere Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung. Darüber hinaus nehmen wir vor dem Hintergrund der Ertragsausweitung bei gleichzeitiger Berücksichtigung unserer Risikotragfähigkeit bewusst einzelne Refinanzierungen auf, um Chancen im Eigen- und Kundengeschäft zu nutzen. Diesem Refinanzierungsbestand haben wir durch ein entsprechendes Liquiditätskonzept Rechnung getragen.

Die Refinanzierungsstruktur setzt sich zu rund 75,6 % der Bilanzsumme aus Kundenverbindlichkeiten zusammen. Unser Kundenklientel wird dominiert von einer großen Anzahl privater Kunden, zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sowie Mittelstandsunternehmen. Diese einzelnen Geschäftsverbindungen sind als kleinteilig anzusehen.

Investitionen

Im Jahr 2025 erfolgten Investitionen planmäßig in das Geschäftsstellennetz sowie in unsere IT-Infrastruktur. Hervorzuheben sind dabei erhebliche Investitionen in die Sicherheitstechnik unserer Geldautomaten mit dem Ziel, Automaten Sprengungen zu verhindern. Mit Blick auf die Folgejahre planen wir umfangreiche Investitionen durch den Neu- bzw. Umbau einzelner Geschäftsstellen.

Liquidität

Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 150,6 % aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 178,5 % und damit deutlich über der aufsichtlich geforderten Mindestquote von 100 %.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf ausreichende Liquiditätsreserven, unter anderen auch in Form von hochliquiden Aktiva und Bankguthaben zurückgreifen. Durch die Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB bestehen weitere Refinanzierungsmöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund ist die Fähigkeit der Kreditgenossenschaft zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen gesichert. Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

c) Vermögenslage

Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder und erwirtschafteten Rücklagen sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Im Geschäftsjahr wurde das Eigenkapital durch Zuführung zu den Rücklagen und zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gestärkt.

Das bilanzielle Eigenkapital konnte von rund 297,4 Mio. EUR auf ca. 317,1 Mio. EUR erhöht werden. Die in unserem Institut getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen.

Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital. Die relevanten Vorgaben des KWG sowie der CRR wurden eingehalten. Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,12 %.

Die Umsetzung der CRR III Eigenkapitalanforderungen hatten spürbare Auswirkungen auf unsere Kapitalquoten. Dieser Entwicklung werden wir durch eine weiterhin kontinuierliche Gewinnthesaurierung entgegenwirken.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2024	Veränderung zu 2024	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	317.057	297.410	19.648	6,6
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	312.797	296.928	15.869	5,3
Harte Kernkapitalquote	14,8 %	15,2 %		
Kernkapitalquote	14,8 %	15,2 %		
Gesamtkapitalquote	16,0 %	16,4 %		

¹⁾ Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	725.056	789.477	-64.421	-8,2
Liquiditätsreserve	166.233	179.757	-13.523	-7,5

Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 77,4 % auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 22,6 % auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere im Aktivposten 5 wurden zu 22,4 % der Liquiditätsreserve zugeordnet und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet sowie 77,6 % dem Anlagevermögen zugeordnet und grundsätzlich nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Im Wertpapierbestand in Aktivposition 5 sind zu 83,5 % festverzinsliche und zu 16,5 % variabel verzinsliche Wertpapiere (jeweils einschließlich Berücksichtigung der Zinsabgrenzung) enthalten. Davon entfallen 40,0 Mio. EUR (5,8 %) auf öffentliche Emittenten, 585,5 Mio. EUR (84,9 %) auf Kreditinstitute, 63,9 Mio. EUR (9,3 %) auf Nichtbanken. Unter den Emittenten Kreditinstitute sind Credit Linked Notes im Nominalwert von insgesamt 79,9 Mio. EUR auf unterschiedliche Referenzschuldner enthalten. Alle Wertpapiere lauten auf Euro und wurden zu rund 35,9 % von ausländischen Emittenten aufgelegt. Wesentliche Veränderungen in der Struktur sowie Bonitätseinstufung bei den Wertpapieranlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht ergeben.

Darüber hinaus wurden Wertpapiere mit Nachrangklausel zu einem Nominalwert von 4,6 Mio. EUR dem Anlagevermögen zugeordnet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Der Aktivposten 6 beinhaltet im Wesentlichen Anteile an Investmentfonds.

Überschüssige Liquidität sowie durch Fälligkeiten oder Verkäufe frei gewordene Mittel im Wertpapierportfolio wurden sowohl zur Finanzierung der Kundenforderungen als auch zur Wiederanlage im Bereich der Eigenanlagen eingesetzt. Wir achten bei den Anlagen auf eine Ausgewogenheit zwischen Bonität, Rentabilität und Liquidität.

Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 469,7 Mio. EUR wie Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Abschreibungen auf diesen Teilbestand wurden zum Bilanzstichtag in Höhe von 28,5 Mio. EUR vermieden. Jedoch hat sich durch die verkürzte Restlaufzeit der Wertpapiere und das gesunkene Zinsniveau dieser Wert im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag (36,9 Mio. EUR) reduziert. Die aus den Wertpapieranlagen resultierenden Marktpreis- und Bonitätsrisiken sind durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial vollständig abgedeckt.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Durch unsere ertrags- und risikoorientierte Treasury-Strategie konnten Chancen am Geld- und Kapitalmarkt durch die Anlage in refinanzierten Wertpapieren genutzt werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben sich die Bankenrefinanzierungen um 31,8 Mio. EUR (Vorjahr -53,4 Mio. EUR) gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag erhöht. Diese Kapitalaufnahmen resultieren aus einem hohen Kreditwachstum in Verbindung mit einzelnen Wiederanlagen im Eigengeschäft, woraus sich eine Ausweitung der Bilanzsumme um 87,0 Mio. EUR ergibt.

Auf der Passivseite ist, wie im letzten Jahr auch, festzustellen, dass mittlerweile in erster Linie kurzfristige, befristete Anlageprodukte (1-3 Jahre) gesucht werden. Die Fälligkeiten wurden zu großen Teilen wieder angelegt. Zum 31. Dezember 2025 sind ca. 292,5 Mio. EUR von insgesamt 2.048,1 Mio. EUR der Kundeneinlagen befristet angelegt. Das sind ca. 2,9 Mio. EUR weniger als im Vorjahr. Der Aufwärtstrend bei den befristeten Einlagen wurde von der rückläufigen Zinsentwicklung unterbrochen. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen hat sich um 36,3 Mio. EUR auf 2.048,1 Mio. EUR erhöht.

Derivatgeschäfte

Derivatgeschäfte zur Absicherung des Allgemeinen Zinsänderungsrisikos bzw. zur Zinsbuchsteuerung bestehen mit einem Nominalvolumen von insgesamt 775,0 Mio. EUR.

Wir rechnen in unseren Planungen mit einem zunächst leicht steigenden Zinsniveau im Jahr 2026, welches anschließend konstant bleibt und haben uns entsprechend positioniert. Im Fall einer abweichenden Zinsentwicklung führen die bestehenden Derivatgeschäfte zur Absicherung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung zu keiner Belastung der Ertragslage durch Bewertungsänderungen.

Einzeln zu bewertende Derivate bestehen nur in einem geringen Umfang (Bestand per 31. Dezember 2025: 20,0 Mio. EUR) und führen zu keinen nennenswerten Bewertungsänderungen. Aufgrund der liquiden Märkte und unserer Steuerungsinstrumentarien erwarten wir keine nennenswerte zusätzliche Risikobelastung.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zur ursprünglichen Planung als gut. Das Betriebsergebnis nach Bewertung dotiert mit 19,4 Mio. EUR und damit rund 5,5 Mio. EUR über unserer Planung. Dies resultiert insbesondere aus einem gestiegenen Zins- und Provisionsergebnis sowie einem positiven sonstigen betrieblichen Ergebnis. Das Betriebsergebnis nach Bewertung beträgt 0,73 % der durchschnittlichen Bilanzsumme und liegt damit unter dem Wert der Vergleichsgruppe des Genoverband e.V. von 0,95 % der durchschnittlichen Bilanzsumme.

Das bilanzielle Eigenkapital konnte von rund 297,4 Mio. EUR auf ca. 317,1 Mio. EUR erhöht werden. Die in unserem Institut getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen.

Das Wachstum des für die Bank wichtigsten Geschäftsbereichs (dem Geschäft mit Kunden überwiegend aus der Region) setzte sich fort. Im Einlagen- und Kreditgeschäft konnten die Wachstumsziele in einem herausfordernden Umfeld deutlich übertroffen werden. Das Kundenanlagevolumen bei den Verbundpartnern konnte insbesondere bei Wertpapieranlagen kräftig ausgebaut werden.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr 2025 übererfüllt wurden. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen bestehen ausreichende Einzelwertberichtigungen und -rückstellungen sowie Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Die Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen. Wir waren im Berichtsjahr in der Lage, unseren Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit nachzukommen und haben im Jahr 2025 die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Form der LCR sowie der Net Stable Funding Ratio (NSFR) eingehalten.

Vor dem Hintergrund eines gestiegenen Betriebsergebnisses nach Bewertung gegenüber dem Vorjahr hat sich die Ertragslage der Bank positiv entwickelt.

Unsere Ertragslage zeigt sich - bezogen auf die durchschnittliche Bilanzsumme - auf einem unterdurchschnittlichen Niveau. Das im Jahr 2025 erwirtschaftete Betriebsergebnis nach Bewertung von 0,73 % liegt unterhalb der Vergleichswerte anderer Genossenschaftsbanken mit einem Durchschnittswert von 0,95 %. Aufgrund der Ergebnissituation und der Umwandlung von stillen Reserven gemäß § 340f HGB von 5,0 Mio. EUR konnten wir den Fonds für allgemeine Bankrisiken um 17,6 Mio. EUR aufstocken und damit unsere Eigenmittelausstattung weiter stärken.

C. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem und -prozess

Unsere Geschäfts- und Risikostrategie basiert auf einem Strategieprozess und ist ausgerichtet auf das Kundengeschäft mit Mitgliedern und Kunden aus unserer Region. Wesentliche Bestandteile der Geschäftsstrategie sind die aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleiteten Teilstrategien für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten unserer Bank. Dazu gehören neben dem Kundengeschäft auch die Eigen- / Refinanzierungsgeschäfte.

Konsistent zu unserer Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung unserer Mitglieder und Kunden im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von drei Jahren steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Die Annahmen für die Markt- und Volumenentwicklungen erfolgen hierbei durch Experten auf Basis von Marktprognosen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR-Control ermittelt.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des von uns festgelegten Strategieprozesses regelmäßig überprüft. Das von der Bank verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategie(über)prüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Ziel unserer Risikostrategie ist nicht die Vermeidung von Risiken, sondern das bewusste Eingehen von Risiken unter Wahrung eines angemessenen Chancen-Risiko-Profiles unserer Risikopräferenz entsprechend. Dabei beachten wir die folgenden Grundsätze:

- Die zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen das Ziel der Fortführung unseres Instituts als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht.
- Verzicht auf Geschäfte, deren Risiko vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit und der Risikostrategie unserer Bank nicht vertretbar sind (Vermeidung von Risiken).
- Systematischer Aufbau von Geschäftspositionen, bei denen Ertragschancen und Risiken in angemessenem Verhältnis stehen (Akzeptanz von Risiken).
- Risikobegrenzung durch Übertragung nicht strategiekonformer Risiken auf andere Marktteilnehmer, beispielsweise über Versicherungsverträge oder durch Schließung offener Positionen über Derivate (Reduzierung von Risiken).
- Weitestgehende Vermeidung von Risikokonzentrationen durch quantitative Instrumente (u. a. Limitsysteme) oder qualitative Risikoanalysen.
- Die Festlegung der wesentlichen Elemente der Risikosteuerung sowie der wesentlichen Annahmen werden vom Vorstand beschlossen.

- Regelmäßige Durchführung eines Überprüfungsprozesses, in welchem die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit sowie die eng damit verbundenen Dokumente und Prozesse hinterfragt werden.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft sehen wir dies als eine zentrale Aufgabe an. Die zuständigen Organisationseinheiten Risikocontrolling und Marktfolge Aktiv berichten unmittelbar an den Vorstand.

In diesem Rahmen ist ein Risikocontrolling- und Managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können. Unsere Entscheidungsträger werden durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können.

Ziel des Risikomanagements unserer Bank ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Es wird von der Bank in der primären Steuerungssicht eine ökonomische und eine normative Perspektive gemäß ICAAP umgesetzt. Unsere zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen somit das Ziel der Fortführung unseres Instituts (normative Perspektive), als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht (ökonomische Perspektive).

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Kapitalquoten bewirkt und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von drei Jahren ab. In dieser Zeitspanne wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen wie Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Ausgangspunkt bei der barwertigen Ermittlung des Risikodeckungspotenzials ist der Barwert (Marktwert) sämtlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Dabei werden auch außerbilanzielle Größen berücksichtigt.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses einmal im Jahr unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk (VaR)-Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % mit einem Risikobetrachtungshorizont von einem Jahr. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß nach dem 99,9 %-Quantil entspricht. Die Risikoaggregation erfolgt ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten additiv.

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

In der normativen Perspektive wird das Ziel verfolgt, kurzfristig und in unserer mehrjährigen Geschäftsplanung die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen einzuhalten. Dazu werden hochliquide Vermögenswerte den aufsichtsrechtlichen Nettomittelabflüssen gegenübergestellt. Für die Steuerung der normativen Liquiditätstragfähigkeit verwenden wir die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR).

In der ökonomischen Perspektive werden neben der Plan-Liquiditätsablaufbilanz Stress-Liquiditätsablaufbilanzen vierteljährlich erstellt. Diese berücksichtigen die Liquiditätsauswirkungen von institutseigenen und marktweiten Ursachen sowie eine Kombination daraus. Wir haben einen Mindestüberlebenshorizont von 10 Monaten für die Plan-Liquiditätsablaufbilanz sowie die Stress-Liquiditätsablaufbilanzen definiert. Dieser wurde im Berichtszeitraum nicht unterschritten.

Die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik entspricht den Anforderungen des Artikels 435 CRR. Diese werden zusammen mit den Strategiepapieren dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Risiken

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von mindestens einem Jahr zu Grunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum nicht vor.

Im Rahmen der barwertigen Steuerung über einen Risikobetrachtungshorizont von 250 Tagen wird ein einheitliches Konfidenzniveau von 99,9 % angewandt.

Adressenausfallrisiken bzw. Kreditrisiko

Das Adressenausfallrisiko stellt das Risiko des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder anderen schuldrechtlichen Instrumenten dar. Es beinhaltet das Kreditrisiko, das Emittentenrisiko und das Kontrahentenrisiko (jeweils einschließlich des Länderrisikos).

Das Kreditrisiko beschreibt die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Ratingmigration und / oder der adressbezogenen Spreadveränderung entstehen. Es umfasst das Ausfallrisiko im Kundengeschäft sowie im Eigengeschäft.

Das Adressenausfallrisiko stufen wir als aufsichtsrechtlich und betriebswirtschaftlich wesentlich ein. Auf Grundlage der Risikoinventur unseres Instituts kann das Risiko wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Zur Steuerung des Adressenausfallrisikos setzen wir im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements ein (im Wesentlichen VR-Rating). Zur Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet die Bank vorrangig die Verfahren der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Um die Spezifika der einzelnen Kundensegmente abbilden zu können, sind für unterschiedliche Kundensegmente separate Ratingverfahren im Einsatz.

Gemäß unseren Grundsätzen zur Risikosteuerung nehmen wir zur Absicherung von Kreditrisiken werthaltige Sicherheiten herein. Ratingnoten und Sicherheiten fließen in alle relevanten Kreditprozesse ein - von der Kreditvergabe bis zur Kreditüberwachung.

Neben der Steuerung von Kreditrisiken auf Kundenebene, nehmen wir die Steuerung auch auf Portfolioebene vor. Zu diesem Zweck ist ein Limitsystem, unter anderem bezogen auf die Risikokonzentration in Branchen implementiert. Im Rahmen der Kreditrisikosteuerung wird das Portfolio sowohl nach Bonitätsklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten und weiteren Risikotreibern sowie deren Entwicklung analysiert und die Einhaltung des Limitsystems überwacht. Vorstand und Aufsichtsrat werden quartalsweise über die Entwicklung des Portfolios sowie über die Auslastung der Einzel- und Strukturlimits informiert.

Daneben stellen die Mindestanforderungen an die Kreditvergabe risikobegrenzende Maßnahmen beim Einzelgeschäft dar. Kreditentscheidungen werden in Abhängigkeit vom Risikogehalt über unterschiedliche Kompetenzstufen getroffen. Die Bewertung der Kreditengagements und gegebenenfalls die Bildung einer Risikovorsorge erfolgen in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Vorschriften. Als zentrales Kriterium für die Prüfung der akuten Ausfallrisiken wird die Nachhaltigkeit der Kapitaldienstfähigkeit herangezogen. Die Bank prüft die Bildung von Risikovorsorge bei Vorliegen von Frühwarnsignalen und Ausfallkriterien. Sanierungsbedürftige und notleidende Engagements werden in einem marktunabhängigen Bereich betreut bzw. überwacht.

Wir ermitteln mindestens vierteljährlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Kundengeschäfte (KPM-KG barwertig) in VR-Control einen unerwarteten Verlust (Credit-Value-at-Risk) aus dem Kundenkreditgeschäft. Die Berechnung erfolgt auf Basis von Kreditrisikoprämien in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die modellierten Verluste auf Basis des LGD-Modells als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Sektorparameter zugrunde liegen.

Auf dieser Basis ergibt sich zum 31. Dezember 2025 ein Credit-Value-at-Risk (CVaR) für die nächsten 12 Monate in Höhe von 16,0 Mio. EUR. Das entspricht einer Limitauslastung von 106,4 %. Die Limitüberschreitung ergibt sich durch ein zum Jahresende 2025 umgesetztes Parameterupdate. Die Anpassung des Limits wurde zum Stichtag 31.01.2026 umgesetzt.

Das Kreditrisiko bei Eigenanlagen ermitteln wir im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption mindestens vierteljährlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG). Grundlage der Berechnungen sind verschiedene Marktpartnersegmente, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen. Die Ermittlung des in der Risikomessung angesetzten unerwarteten Verlustes (Risikoszenario) basiert auf einer Haltedauer von 250 Tagen.

Für die Eigenanlagen ergibt sich auf dieser Basis zum 31. Dezember 2025 ein CVaR für die nächsten 12 Monate in Höhe von 33,0 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 60,0 %.

Adressenausfallrisiken aus Fonds werden mittels einer von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer berücksichtigt, die nur das Adressenausfallrisiko abbildet. Das Marktpreisrisiko des Fonds berücksichtigen wir mittels einer separaten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer.

Für die Fondsanlagen ergibt sich auf dieser Basis zum 31. Dezember 2025 ein CVaR für die nächsten 12 Monate in Höhe von 6,0 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 44,7 %.

Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken

Das Marktrisiko beschreibt die Gefahr, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste entstehen können. Marktrisiken umfassen Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstige Marktrisiken.

Die Zins-, Aktien-, und Währungsrisiken stuft die Bank anhand der Risikoinventur als betriebswirtschaftlich hoch ein, mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem hohen potenziellen Schaden, der sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich auswirken kann.

Im Rahmen der ökonomischen Risikomessung des Zinsrisikos aus dem Zinsbuch berechnen wir vierteljährlich einen Value-at-Risk, der auf einem historischen Zeitraum basiert. Als Szenariotechnik verwenden wir eine Skalierung über eintägige Verbarwertungen mittels Resampling. Die Ermittlung erfolgt mit Hilfe des Moduls ZINSMANAGEMENT unter VR-Control. Der damit zum 31. Dezember 2025 ermittelte Value-at-Risk aus dem Zinsbuch beläuft sich auf 60,3 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 58,0 %.

Weiterhin bestehen Zinsrisiken aus Fondspositionen. Aktien-, und Währungsrisiken im Eigengeschäft resultieren ausschließlich aus Fondspositionen. Zur Berechnung der Zins-, Aktien- und Währungsrisiken berücksichtigen wir die von der Fondsgesellschaft veröffentlichten Value-at-Risk Risikokennziffern für die jeweilige Risikoklasse. Die zum 31. Dezember 2025 ermittelten Marktrisiken aus Fondspositionen sowie die Limitauslastungen betragen: für die Zinsrisiken 4,8 Mio. EUR (60 %), für die Aktienrisiken 10,8 Mio. EUR (72 %), sowie für die Währungsrisiken 7,2 Mio. EUR (80 %).

Ergänzend werden weitere barwertige Berichtsgrößen als zusätzliche Informationen bei geschäftspolitischen Entscheidungen berücksichtigt.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich in der Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Refinanzierungskostenrisikos und des Marktliquiditätsrisikos auftreten.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungsrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Liquiditätsablaufbilanzen dienen als Frühwarnindikator für eine mögliche Zahlungsunfähigkeit und stellen dabei insbesondere den Überlebenshorizont dar. Stresstests für einen Zeitraum von drei Jahren führen wir anhand institutseigener, marktweiter sowie kombinierter Szenarien für Liquiditätsrisiken durch. Durch die Anrechnung auf die Liquiditätspuffer wird auf dieser Grundlage der Überlebenshorizont ermittelt. Dabei werden auch adverse Entwicklungen außerhalb unseres Erwartungshorizontes reflektiert. Liquiditätsrisiken werden darüber hinaus von der Bank anhand von Fälligkeitslisten überwacht. Das Liquiditätsrisiko wird anhand der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl Liquidity Coverage Ratio (kurz: LCR) überwacht. Unsere Risikotoleranz haben wir über die Festlegung einer Ziel-LCR-Quote von mindestens 115 % und für die Net Stable Funding Ratio (kurz: NSFR) eine Ziel-Quote von mindestens 110 % definiert. Zur Begrenzung von Abruf Risiken sind Strukturlimite insbesondere für die Abruf Risiken der größten Einleger und der höchsten offenen Kreditzusagen implementiert. Zum 31. Dezember 2025 beträgt die LCR-Kennziffer 178,5 % und die NSFR-Kennziffer 119,8%.

Wir erachten das Liquiditätsrisiko insgesamt als wesentlich im Sinne des Aufsichtsrechts. Unter betriebswirtschaftlichen Aspekten betrachten wir das Liquiditätsrisiko als gering. Zwar tritt das Risiko nach unserer Einschätzung mit einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit ein, zeichnet sich in Bezug auf die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch durch ein hohes Schadenspotenzial aus.

Bezogen auf das Refinanzierungskostenrisiko haben wir eine wesentliche Einstufung vorgenommen. Die Refinanzierungen aus dem Kundengeschäft zeichnen sich durch eine große Anzahl privater Kunden, zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sowie Mittelstandsunternehmen aus. Im Gesamtkontext sind diese einzelnen Geschäftsverbindungen im Regelfall als kleinteilig anzusehen, so dass wir im Rahmen von Simulationen bezogen auf die Gesamtertragslage nicht zu einer wesentlichen Einstufung kommen. Refinanzierungen von Eigengeschäften werden im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements vorgenommen und überwacht. Im Rahmen der barwertigen Steuerung wird als Risikowert die Differenz zwischen den Barwertberechnungen mit liquiditätsbehafteter Kurve und liquiditätsbehafteter Kurve nach institutsindividueller Erhöhung des Refinanzierungsspreads zum Betrachtungshorizont ermittelt. Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte Liquiditätsrisiko beläuft sich auf 11,0 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 73,4 %.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken betreffen die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Die Bank hat eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien fixiert und kommuniziert. Wesentliche operationelle Risiken werden laufend identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden. Für alle wesentlichen Schadensereignisse besteht ein umfassender Versicherungsschutz.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier betrachten wir insbesondere die Teilbereiche "Zentrales Rechenzentrum" und "IT-Risiken Bank". Über die IT-Risiken, die das Rechenzentrum betreffen, erhalten wir regelmäßige Berichte vom IT-Dienstleister einschließlich Darstellung der eingeleiteten Maßnahmen bei Problemen. Über die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel beim IT-Dienstleister wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet. Die vereinbarte Meilensteinplanung wurde eingehalten. Für alle wesentlichen Schadensereignisse in Bezug auf bankinterne IT-Risiken besteht ein umfassender Versicherungsschutz. Betriebliche Notfallplanungen wurden insbesondere auf die Anforderungen aus dem IT-Bereich abgestimmt.

Rechtlichen Risiken begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare sowie der Inanspruchnahme juristischer Beratung im Fall von Rechtsstreitigkeiten.

Im Rahmen der barwertigen Steuerung wird der Risikowert auf Basis eines zukunftsorientierten instituts-spezifischen Self-Assessment mittels Monte-Carlo-Simulation ermittelt. Die Ermittlung erfolgt mit Hilfe des Moduls ORM unter VR-Control. Anhand der Risikoinventur stufen wir das operationelle Risiko als aufsichtsrechtlich wesentlich ein. Betriebswirtschaftlich sehen wir derzeit eine unwesentliche Risikoeinstufung vor.

Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte gesamte operationelle Risiko beläuft sich auf 2,3 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 57,2 %.

Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko ergibt sich aus einer nachteiligen Entwicklung der zukünftigen Wert- und Ertragsentwicklung von Investitionen in Immobilien. Es wird für alle Immobilienpositionen quantifiziert, für die ein Eigentumsverhältnis besteht oder eine vertragliche Einigung zur Erlangung eines solchen Rechts vorliegt.

Das Immobilienrisiko teilt sich in drei Risikounterarten auf: das Wertänderungsrisiko, das Ertragsrisiko und das Mietausfallrisiko. Die Risikomessung der Risiken aus Immobilien im Direktbestand erfolgt quartalsweise zu den Berichtsstichtagen. Hierzu verwenden wir die IT-Anwendung IRIS, die von der parclT bezogen wird. Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte Immobilienrisiko der Direktbestände beläuft sich auf 6,2 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 77,2 %.

Für die Ermittlung des Risikos aus Immobilienfonds werden die von der Union Investment bereitgestellten Risikowerte verwendet. Die Summe der Risikowerte aus Immobilienfonds wird in der Risikoklasse Immobilien getrennt von dem Risikoausweis der Immobiliendirektbestände dargestellt.

Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte Immobilienrisiko der Fondsbestände beläuft sich auf 7,8 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 70,9 %.

Beteiligungsrisiken

Die Beteiligungsrisikomessung basiert auf dem sogenannten „Multiplikator-Ansatz“. Das heißt, die Performance- und Risiko-Kennzahlen jeder Beteiligung lassen sich durch Multiplikation des aktuellen Vermögensbarwerts mit geeigneten Faktoren ableiten. Die Aggregation auf Portfolio-Ebene erfolgt durch Summation der einzelnen Bestandteile je Beteiligung.

Die Ermittlung der Multiplikatoren erfolgt für ausgewählte Beteiligungen innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe - u. a. für die DZ Bank - auf Basis der vorliegenden Zeitreihen für Aktienkurse. Die Auswahl orientiert sich dabei an Datenqualität und -verfügbarkeit. Für andere Beteiligungen werden mangels verfügbarer Zeitreihen sog. „Stellvertreter“ herangezogen und parametrisiert, die nach Region / Land / Kontinent und Sektor / Branche differenziert zugeordnet werden.

Die Risikomessung erfolgt mit Unterstützung der IT-Anwendung BETRIS, die von der parclT bezogen wird. Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte Beteiligungsrisiko der Direktbestände beläuft sich auf 24,5 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 81,7 %.

Für die Ermittlung des Risikos aus Beteiligungsfonds werden die von der Union Investment bereitgestellten Risikowerte verwendet. Die Summe der Risikowerte aus Beteiligungsfonds wird in der Risikoklasse Beteiligungen getrennt von dem Risikoausweis der Direktbestände der Beteiligungen dargestellt.

Das zum 31. Dezember 2025 ermittelte Beteiligungsrisiko der Fondsbestände beläuft sich auf 8,7 Mio. EUR mit einer Limitauslastung von 72,6 %.

Sonstige Risiken

Unter dieser Kategorie analysieren wir alle nicht bankspezifischen Risiken (Geschäfts- / Vertriebsrisiken, Reputations-, strategische, Produktivitäts-, Sachwert-, Pensions- und Modellrisiken). Die Wesentlichkeit dieser Risiken überprüfen wir regelmäßig und anlassbezogen. Aktuell stufen wir alle sonstigen Risiken als unwesentlich ein.

Gesamtbild der Risikolage

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven (ökonomisch und normativ) und in den von uns simulierten Risiko- bzw. Plan- und Stressszenarien gegeben. Die internen Simulationen kommen darüber hinaus zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt und die Eigenmittelanforderungen erfüllt werden.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens- / Substanzsituation des Instituts auch im Berichtszeitraum der nächsten zwei Jahre gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen. Insgesamt hat sich die Risikolage im Vergleich zum Vorjahr zurückentwickelt. Die Marktzinsen haben sich im Jahr 2025 stabilisiert. Unsere Risikoausrichtung sehen wir in Relation zur Vermögenslage als solide und angemessen an.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel haben sich um rund 15,9 Mio. EUR im Jahr 2025 erhöht. Zum 31. Dezember 2025 ist das Gesamtrisikolimit der Bank zu 66,3 % ausgelastet, der Anteil des Gesamtrisikos am gesamten Risikodeckungspotenzial beträgt 33,1 %.

Wesentliche Risiken im Hinblick auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage sehen wir in einer weiteren Eskalation des Russland-Ukraine-Konfliktes sowie dem Krieg im Nahen Osten und den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und Staatsverschuldungen. Weiterhin werden Risiken durch etwaige politische Veränderungen gesehen, welche direkten oder indirekten Einfluss auf sämtliche Marktlagen nehmen. In diesem Fall könnte es zu einer länger anhaltenden Rezession und damit einer Verschärfung der Turbulenzen an den Finanzmärkten kommen. Bei Eintreten dieses Szenarios wird unser dargestelltes Entwicklungsziel deutlich erschwert. Hierbei stehen für uns die Kreditrisiken im Fokus, die tragbar sind, aber unser Ergebnis dennoch belasten würden.

Durch eine an unserem Limitsystem ausgerichtete Größenklassen- und Branchenstruktur im Kreditgeschäft und unsere konservative Ausrichtung bei der Struktur der Eigenanlagen überwachen wir unsere Risikosituation laufend. Chancen der Entwicklung sehen wir im Hinblick auf eine weitere Normalisierung (steile Zinsstruktur) der Zinsstrukturkurve. Damit einhergehend sehen wir eine mögliche Ausweitung der Konditionsbeiträge auf Kundeneinlagen, was uns auch im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen ist. Weitere Chancen sehen wir, wenn sich eine Deeskalation im Russland-Ukraine-Konflikt sowie bei dem Krieg im Nahen Osten ergibt. Hierdurch sollten sich globale Energiepreise und Lieferketten stabilisieren und die Inflationsraten normalisieren. Eine damit verbundene höhere Planungssicherheit der Unternehmen wird sich positiv auf deren Investitionstätigkeit und damit auch positiv auf die Kreditnachfrage auswirken.

D. Prognosebericht

Für das Jahr 2026 rechnen wir, trotz der unklaren Folgen multinationaler Konflikte mit einem leicht anziehenden Wirtschaftswachstum. Die stabil verlaufende Inflation lässt den Zentralbanken Spielraum, die Wirtschaft zu stärken und weitere Zinssenkungen anzugehen. Durch weiterhin gezielte Aktivitäten verfolgen wir die Stabilisierung der Passivseite unserer Bilanz.

Unsere Eckwertplanung basiert auf folgenden wesentlichen Annahmen:

Der Zinsüberschuss wird sich - unter der Prämisse eines bankindividuellen Zinsszenarios (auf etwa konstantem Niveau) und einer nahezu unveränderten Bilanzsumme - zum Vorjahr positiv entwickeln. Es ist ein Wert von ca. 51 Mio. EUR geplant, der rund 1,8 Mio. EUR über dem Wert aus 2025 liegt.

Wir rechnen damit, dass die Wettbewerbssituation weiterhin deutlichen Einfluss auf den Zinsaufwand hat - dennoch gehen wir davon aus, dass wir unseren geplanten Aufwand nicht überschreiten werden. Das Wachstum der Zinseinnahmen wird naturgemäß etwas langsamer prognostiziert. Mit weiterem Blick auf die Jahre 2027 ff. sollte sich das Zinsergebnis aufgrund der beschriebenen Entwicklung weiter stärken.

Für das Jahr 2026 wird dabei ein absolutes Wachstum im Kundenkreditgeschäft von rund 58,5 Mio. EUR und bei den Kundeneinlagen von rund 45,1 Mio. EUR angenommen.

Daneben sehen wir einen steigenden Provisionsüberschuss auf rund 21,0 Mio. EUR. Der in der Planung zugrunde gelegte Zuwachs soll insbesondere durch Steigerungen im Zahlungsverkehr realisiert werden.

Bei dem mit einem Betrag in Höhe von 30,8 Mio. EUR für 2026 geplanten Personalaufwand haben wir eine tarifliche Steigerung der Gehälter entsprechend unseres Haustarifes und die aktualisierte Personalbedarfsplanung berücksichtigt.

Die Höhe der Sachaufwendungen soll im Jahr 2026 auf Basis detaillierter Budgets bei rund 17,7 Mio. EUR liegen. Hier sollen Optimierungsanstrengungen für eine weitere Senkung der Kosten unternommen werden. Dazu befindet sich ein eigenständiges Projekt „Kostenmanagement“ in Umsetzung. Aufwandserhöhend ist berücksichtigt, dass wir bei einigen unserer Objekte Instandhaltungsaufwendungen sowie Neubaumaßnahmen vorantreiben.

Aus der Kapitalplanung für die Jahre bis 2028 ergibt sich für das geplante Wachstum im Kreditgeschäft unter der Prämisse von Rücklagenzuführungen und der Einwerbung von Geschäftsguthaben derzeit kein zusätzlicher Kapitalbedarf.

Für das Jahr 2026 erwarten wir ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von rund 21,8 Mio. EUR bzw. 0,79 % der dBS. Beim bedeutsamsten Leistungsindikator CIR planen wir mit einer Quote in Höhe von 69,8 %. Die für das Jahr 2026 geplante Gesamtkapitalquote liegt mit einem Wert von 17,2 % im Vergleich zum Geschäftsjahr 2025 rund 1,2 Prozentpunkte höher.

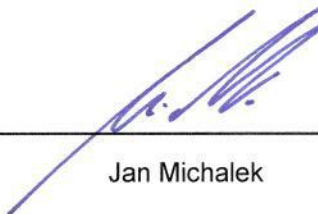
Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind folgende Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten:
Am 28. Februar 2026 trat ein militärischer Konflikt zwischen Israel und den USA einerseits und dem Iran andererseits ein. Der Kriegsausbruch hat den Druck auf Lieferketten erhöht und zu steigenden Energiepreisen sowie zu Reaktionen auf den Rohstoff- und Finanzmärkten geführt. Dieses Ereignis hatte keinen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage zum 31. Dezember 2025. In welchem Umfang die Auswirkungen die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Bank beeinträchtigen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass, soweit wir vorstehend Prognosen und Erwartungen geäußert haben oder unsere Aussagen die Zukunft betreffen, die tatsächlichen Ereignisse und Entwicklungen hiervon abweichen können.

Duderstadt, 9. Juni 2026

VR-Bank Mitte eG

Der Vorstand:

		
Björn Henkel	Jan Michalek	Bettina Musters